

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



© Paul Jeffrey/OeRK

Während des Besuchs einer ökumenischen Delegation im Irak begegnet Antje Jackelén, Erzbischöfin der Kirche von Schweden, links im Bild, Azra Said und ihrem Baby Jaynar im Flüchtlingslager Asbti in der teilautonomen Region Kurdistan im Nordirak. Said und ihre Familie sind Christen, die 2014 aus Qaraqosch vom IS vertrieben wurden.

Irak: Für sichere Zukunft für religiöse Minderheiten

Eine Delegation von Kirchenleitenden aus der ganzen Welt besuchte im Januar für fünf Tage den Irak. Im Mittelpunkt stand die Zukunft schutzbedürftiger Menschen der irakischen Gesellschaft nach der erwarteten militärischen Niederlage des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS). Die Delegation rief internationale Geber dringlich dazu auf, die Bemühungen zur Sicherung, Stabilisierung und zum Wiederaufbau betroffener Gemeinschaften und Gesellschaften zu unterstützen.

Die 14-köpfige Besuchsgruppe traf sich mit irakischen Regierungsmitgliedern in Bagdad und mit der kurdischen Regionalregierung in Erbil, außerdem mit MinderheitenvertreterInnen des Parlaments, mit der Leitung der UN-Hilfsmission im Irak, mit Vertretenden von anderen Glaubensgemeinschaften im Irak sowie mit Leitenden von christlichen Kirchen und christlichen Jugendorganisationen des Landes.

Die OeRK-Delegation begrüßte die Verpflichtung von politischen Leitenden in Bagdad und Erbil, die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt des Landes zu schützen.

„Nachdem wir die Erzählungen von vertriebenen Christen und Jesiden gehört haben, anerkennen wir die wesentliche und außergewöhnliche Bedeutung zahlreicher BürgerInnen sowie der Regionalregierung Kurdistans bei der Aufnahme von Flüchtlingen und dem Gewähren von Unterkunft und Hilfe für Menschen aus vielen verschiedenen Gemeinschaften, die Mitte 2014 aus ihrem Zuhause fliehen mussten, um vor Daesch zu entkommen“, sagte Delegationsmitglied Antje Jackelén, Erzbischöfin der Kirche von Schweden.

Die humanitäre Krise, die auf die Einnahme von Sinjar, Mosul und der Ninive-Ebene Mitte 2014 durch den IS zurückzuführen ist, dauert weiter an, und die Region Kurdistan beherbergt immer noch mehr als drei Millionen Vertriebene. Nachdem die Delegation von der UN-Koordinatorin für humanitäre Hilfe im Irak eingeführt wurde, beobachtete Pastor Frank Chikane, Vorsitzender der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten des OeRK: „Die Unterstützung von internationalen Gebern ist völlig unzureichend, um die andauernden Bedürfnisse zu befriedigen. Die Gastgebergemeinschaften und die kurdische Regionalregierung müssen die Last alleine tragen.“

Die Mitglieder von Gemeinschaften, die im Visier des IS stehen – dabei die Jesiden

AUS DEM INHALT

**Nachhaltige Entwicklungsziele:
Entscheidend für die Zukunft**

**Atomwaffen:
Papst verlangt Verbot**

**US-Priestervereinigung:
Das Evangelium der Gewaltfreiheit
leben**

**West-Papua:
Zugang für internationale
Beobachter öffnen**

**Recht auf Staatsbürgerschaft:
Grundlage für die eine
Menschheitsfamilie**

**Myanmar:
Für bessere Beziehungen zu
Buddhisten**

THEMA

**Konziliarer Prozess und nachhaltige
Entwicklungsziele (Teil IV)**

Aus Netzen und Bewegungen

**Berlin:
Schwerpunkt Nachhaltigkeitsziele
und Konziliarer Prozess**

**Rhein-Mosel-Saar
Der Abpfeiff, den niemand hört –
Grenzen der Arbeit und der
Verleugnung der Krise**

**Oekumenischer Ratschlag:
Sind wir noch zu retten?
Heutige Herausforderungen und die
UN-Nachhaltigkeitsziele**

**PLÄDOYER für eine ökumenische
Zukunft:
Überwindung des Anthropozäns und
Nachhaltige Entwicklungsziele**

**Erlassjahr:
116 Länder im Globalen Süden
kritisch verschuldet**

**KAIROS Europa:
Potenzial und Bedeutung von
Religionen für eine andere, bessere
Welt**



© Paul Jeffrey/OeRK

Olav Fykse Tveit (Mitte), Generalsekretär des OeRK, zusammen mit dem Vorsitzenden der Stiftung irakischer Sunniten, Abdul Al-Lateef Al-Hemyem (links), und Yusef El-Nasar, einem schiitischen muslimischen Führer, bei einer Begegnung in der armenisch-orthodoxen St Gregor-Kirche in Bagdad

und die Christen -, sind weiterhin extrem verletztlich. Nach den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten verlassen viele Mitglieder dieser Gemeinschaften - besonders Christen - weiterhin das Land, entziehen dem Irak so zusätzlich dessen kulturelle und religiöse Vielfalt, und gefährden die Zukunft der in der Region ansässigen christlichen Bevölkerung nach mehr als 1700 Jahren christlicher Geschichte.

Auch wenn dank des Militäreinsatzes gegen den IS wenige christliche Ortschaften in der Ninive-Ebene wieder eingenommen werden konnten, gaben irakische Kirchenleitende und Regierungsvertreter die Delegationsmitgliedern zu bedenken, dass eine Rückkehr weder ratsam noch wahrscheinlich sei, bis die Sicherheit der Christen und anderer Minderheiten zugesichert werden könne.

Die Delegation traf sich mit mehreren politischen Persönlichkeiten im ganzen Land, dabei dem irakischen Premierminister Haider al-Abadi und Präsident Fuad Masum. In der teilautonomen Region Kurdistan sprach sie mit Kabinettsmitgliedern und dem stellvertretenden Premierminister Qubad Talabani. Weiter traf sich die Gruppe mit Vertretern der Vereinten Nationen, mit humanitären Helferinnen und Helfern, mit Parlamentsmitgliedern in Bagdad und in Erbil sowie mit politischen Aktivisten.

Bei diesen Treffen informierte die OeRK-Delegation über die Ergebnisse einer Studie, die in Zusammenarbeit mit dem norwegischen Hilfswerk Norwegian Church Aid (NCA) durchgeführt worden war, um die Bedürfnisse vertriebener Menschen in der Region zu untersuchen. Der im Dezember veröffentlichte Bericht „Die Schutzbedürfnisse von Minderheiten aus Syrien und dem Irak“ beleuchtet spezifische Probleme und enthält Empfehlungen zum Schutz der Zukunft der sozialen und religiösen Vielfalt in der Region sowie zur Vermeidung weiterer Massenauswanderungen von Christen und anderen Menschen. Lise Grande, die

Koordinatorin der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen im Irak, erklärte, die irakische Regierung hätte den überwältigenden Anteil der humanitären Hilfe für die vom Konflikt Betroffenen bereitgestellt, und selbst die einfachen BürgerInnen hätten einen Beitrag geleistet. „3700 Moscheen im ganzen Land haben ihre Türen geöffnet, um Familien aufzunehmen, die innerhalb des Landes vertrieben worden sind. Das ganze Land hilft den Vertriebenen“, erzählte sie der Delegation. „Die internationale Gemeinschaft leistet nur einen relativ kleinen Beitrag und sie tut sich schwer damit, die erforderlichen Mittel dafür aufzutreiben. Das ist eine Schande. Diejenigen, die an diesem Chaos beteiligt waren, die als Konfliktparteien direkt mitverantwortlich waren, sollten dies nicht tun dürfen. Wer dazu beiträgt, ein Land zu zerstören, der muss auch für seinen Wiederaufbau mitbezahlen.“

„Man spürt eine fast unerträgliche Last des Leidens hier“, berichtete Christopher Cocksworth, Bischof von Coventry der anglikanischen Kirche aus England. Er hielt fest, dass mehrere Delegationsmitglieder bei ihrer Rückkehr mit ihren Regierungen über die Notwendigkeit für mehr Wiederaufbauhilfe sprechen würden.

„Mit dem Erfolg der Kampagne gegen den IS steht das Land heute an einem Scheideweg. Dies ist eine Chance für neues Handeln seitens der politischen Entscheidungsträger im Irak, aber auch in Ländern wie in meinem, die seit Langem im Irak im Einsatz sind, auch militärisch“, meinte Cocksworth, der Mitglied im britischen House of Lords ist. „Wir haben hier militärisch eingegriffen und ein Chaos hinterlassen. Können wir jetzt die Herausforderung annehmen, Frieden zu stiften und eine Koalition für den Wiederaufbau und die Erneuerung zu schaffen, unter Einsatz derselben Energie und Entschlossenheit und ähnlicher finanzieller Ressourcen wie für unser militärisches Eingreifen?“

Eine der berührendsten Begegnungen der Delegation war das Treffen mit jungen Menschen in Ankawa, einem Viertel außerhalb von Erbil, wo Zehntausende vertriebene Christen Zuflucht gefunden haben. Ein junger Mann erzählte frustriert, einige der nationalen Kirchenverantwortlichen hätten ihre Familien nach Europa in Sicherheit gebracht, gleichzeitig jedoch die Gläubigen aufgerufen, das Land nicht zu verlassen. Als Beitrag zur langfristigen Sicherung der sozialen und religiösen Vielfalt in der Region und zur Verhinderung weiterer umfangreicher Abwanderungen von Christen und anderen Bevölkerungsgruppen berichtete die OeRK-Delegation über die Ergebnisse der Studie „The Protection Needs of Minorities from Syria and Iraq“ (Schutzbedürfnisse von Minderheiten aus Syrien und dem Irak), die der OeRK gemeinsam mit dem norwegischen Hilfswerk Norwegian Church Aid (NCA) durchgeführt und im Dezember 2016 veröffentlicht hat.

Palästina: Tveit bei Abbas

Der OeRK-Generalsekretär, Pfr. Olav Tveit, und der palästinensische Präsident, Mahmoud Abbas, trafen im Februar in Ramallah zusammen. Bei der Begegnung im Februar rief Abbas alle einheimischen und ausländischen Kirchen dazu auf, die Botschaft der palästinensischen ChristInnen zu hören und alle gewaltfreien Bemühungen um Frieden und Gerechtigkeit in Palästina zu unterstützen.

Tveit erklärt „Frieden, so glauben wir, kann nur mit dem anderen gewonnen werden. Wir sind als eine Gemeinschaft von Kirchen gerufen, jenen Prozeß zu unterstützen, der zu einem gerechten Frieden führt. Wir glauben und sehen es, dass die einheimischen Kirchen sich um den Frieden und die Gerechtigkeit für beide Seiten bemühen. Es ist wichtig, die Kirchen zu stärken und die christliche Präsenz vor Ort, damit sie ein leuchtendes Zeugnis für den Frieden geben können. Keinem Volk sollten seine Rechte verweigert werden und ganz gewiss nicht über Generationen hinweg ihr Recht verweigert werden“, so Tveit. „Der ungelöste Konflikt zwischen Israel und Palästina ist zuallererst eine Frage der Gerechtigkeit; ohne dass Gerechtigkeit wird, kann kein Friede werden.“ Tveit fügte hinzu, „Israel ist seit 1948 von den Vereinten Nationen als Staat anerkannt und der Weltkirchenrat hat seit dieser Zeit die gleiche Position und unterstützt seitdem die Entscheidung zwei Staaten anzuerkennen. Die Vollversammlung des Weltkirchenrates hat 1948 erklärt, dass Antisemitismus eine „Sünde gegen Gott“ ist“. Der OeRK hat die Resolution der Vereinten Nationen unterstützt, in der es heißt, dass es einen israelischen und einen palästinensischen Staat geben soll, unabhängig und legitim.

Seit 2002 unterstützt der OeRK durch das Programm Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) die Friedensarbeit vor Ort. Bislang haben 1800 Personen daran teilgenommen. Nach Ansicht von Beobachtern zeigt sich, dass die Gewalt abnimmt, wenn die ökumenischen Begleitpersonen sichtbar präsent sind und dass Eltern ein Gefühl der Sicherheit für ihre Kinder auf dem Schulweg haben. Die Ergebnisse einer umfassenden Evaluation dieser Arbeit im Jahr 2016 werden in die Planung der weiteren Arbeit einfließen.

Pakistan: Neue ökumenische Wege

In einem Land, in dem Menschen christlichen Glaubens eindeutig in der Minderheit sind und oft unter Diskriminierung leiden, und in einem von wiederholten Spannungen und Konflikten zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser Tradition bestimmten Kontext haben die Kirche von Norwegen und die Kirche von Pakistan vor kurzem ein neues ökumenisches Kapitel aufgeschlagen.

Die Leitende Bischöfin der Kirche von Norwegen, Helga Haugland Byfuglien, wurde vom Leitenden Bischof der Kirche von Pakistan, Samuel Robert Azariah, empfangen. Sie war damit die erste Bischöfin, die Pakistan besucht hat, und predigte während der Sonntagsandacht in der Auferstehungskathedrale in Lahore. Die pakistanische Kirche selbst ordiniert keine Frauen.

Berit Hagen Agøy, die Generalsekretärin des Kirchenrates für ökumenische und internationale Beziehungen der Kirche von Norwegen, begleitete die Bischöfin während des Besuchs und erinnert sich gerne an „die Freude und das Lachen der Kinder mit Behinderungen, die wir hier in der Kirchenschule getroffen haben und deren Eltern sie oftmals lieber verstecken würden. Das ist ein unglaublich starkes Zeugnis für den christlichen Wert der Menschenwürde. Durch die diakonische Arbeit predigt die Kirche das Evangelium in unmissverständlicher Weise. Daraus können wir in der Kirche von Norwegen viel lernen. Wenn wir die ChristInnen in Pakistan unterstützen wollen, dann können wir dies am besten durch die Unterstützung der kirchlichen diakonischen Einrichtungen bewirken.“

„In Pakistan haben wir die systematische Diskriminierung nichtmuslimischer religiöser Minderheiten erlebt“, berichtet Berit Hagen Agøy. „Dabei wurde immer wieder die Einstellung spürbar, dass Minderheiten ja zum Islam konvertieren könnten und dann gleichberechtigt behandelt würden.“ „Dieses Ansinnen ist natürlich inakzeptabel, und deshalb ist es ein positives Zeichen, dass sich die pakistanischen Behörden in letzter Zeit für den Schutz der Minderheiten im Land stark gemacht haben. Allerdings ist es noch ein weiter Weg, bis die Religionsfreiheit in Pakistan voll und ganz respektiert wird“, sagt Agøy. „Wir haben sowohl auf Provinz- als

auch auf Bundesebene mit den für Minderheiten und Menschenrechte zuständigen Personen in den Ministerien ernsthafte Gespräche geführt“, fügt Bischöfin Byfuglien hinzu. „Zwar gibt es zahlreiche positive Zeichen bei den Behörden, die inzwischen die Situation der Minderheiten auf die Agenda setzen. Trotzdem sind wir nach wie vor tief besorgt über die Menschenrechtslage hier in Pakistan.“

China: Weltweit größte Christengruppe

Das Exekutivkomitee des Weltkirchenrates traf sich im November 2016 zum ersten Mal in der Volksrepublik China. Dabei kam es zu Begegnungen mit dem Chinesischen Christenrat (China Christian Council) und der Drei-Selbst-Bewegung (Three-Self-Patriotic-Movement), die eine der größten protestantischen Gemeinschaften im Lande ist, aber auch weltweit. Der Chinesische Christenrat ist seit der Vollversammlung in Canberra 1991 Teil der OeRK-Gemeinschaft.

Im Rahmen des Aufenthaltes in China kam es auch zu einem Besuch des Nanjing Massacre Memorial. Agnes Abuom, Moderatorin des Zentralkomitees der OeRK, erklärte bei dieser Gelegenheit: „Wir bedauern zutiefst, dass die Gräueltaten noch immer nicht von der japanischen Regierung anerkannt werden und es noch immer keine Entschuldigung dafür gibt.“ Die Nanjing-Gedenkstätte erinnert an den 13. Dezember 1937, als die japanischen Truppen im Rahmen des Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieges Nanking besetzten. Etwa sechs Wochen lang gaben sich die Japaner einer Orgie von Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen hin. Die Zahl der Opfer lässt sich nur schätzen; die chinesische Seite spricht von etwa 300.000 Toten und 80.000 Vergewaltigten.

Die VertreterInnen des Weltkirchenrates anerkannten, dass Chinas wirtschaftliches Wachstum in den letzten friedlichen und sta-

bilen Jahrzehnten für Millionen Menschen bedeutet habe, dass sie der Armut entkommen konnten und damit auch die Hoffnung gestärkt wurde, dieses Grundübel auf dem Planeten zu überwinden.

Abuom äußerte sich zudem mit großer Wertschätzung zu der Tatsache, dass die Volksrepublik China mit der Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens ein bemerkenswertes Beispiel gebe und zudem seine Investitionen in erneuerbare Energien gesteigert habe. Der OeRK zeigte sich erfreut darüber, wie stark das Zeugnis und der Dienst der Kirchen in China inzwischen sei und die Kirchen Menschen jeden Alters erreichten, wie sehr sie dem ökumenischen Engagement und auch der inter-religiösen Zusammenarbeit verbunden seien.

Innerhalb von drei Jahrzehnten könnte China sich zur Heimat der weltweit größten Gruppe von ChristInnen entwickeln. Seit sich das Land Ende der 1970er-Jahre zu öffnen begann, hat die religiöse Toleranz zugenommen. Heute herrscht in China offiziell Religionsfreiheit. 1949 gab es in China rund 700.000 Christen. Gegenwärtig zählt die größte chinesische Kirche, die Protestantische Kirche, über 38 Millionen getaufte Mitglieder, und sie wächst jährlich um rund 500.000 weitere in 60.000 Gemeinden.

Die OeRK-Leitung führte auch Gespräche mit Minister Wang Zuoan, dem Direktor der chinesischen Religionsbehörde in Peking, über die Rolle der Religion und der Kirchen in China.

Der OeRK erhielt während der Tagung einen Antrag auf Mitgliedschaft von der chinesischen Organisation „The Amity Foundation“, die auch im Oekumenischen Zentrum in Genf ein Büro eröffnet hat. Sie möchte, dass der OeRK offiziell Arbeitsbeziehungen zu ihr als internationale ökumenische Organisation aufnimmt.

Die Stiftung Amity wurde 1985 in Nanjing gegründet. Sie begann damit, ChristInnen im Westen einzuladen, Englisch-Lehrer nach China zu entsenden oder



Die Moderatorin des Zentralkomitees der OeRK, Agnes Abuom, übt sich in China im Tischtennis

Gemeinschaftsprojekte ins Leben zu rufen. Der Exekutivausschuss besuchte die Amity in Nanjing und sprach mit der Stiftungsleitung über die breit abgestützte Tätigkeit von Amity – sie umfasst nicht nur das Drucken von Bibeln, sondern auch direktes gesellschaftliches Wirken in und außerhalb Chinas. Der Zentrallausschuss wird 2018 über diese Mitgliedschaft entscheiden. Auf seiner Tagung gab der Exekutivausschuss drei Erklärungen ab: zu Klimagerechtigkeit, zur Reformation und zur Rolle der Kirchen in China.

Er erörterte auch die Prioritäten und Schwerpunktbereiche des OeRK. Als Gesamtthema für das Jahr 2018 wählte er Oekumenische Diakonie und nachhaltige Entwicklung, gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit dem ACT-Bündnis gestärkt werden, der weltweiten christlichen Diakonie.

West-Papua: Zugang für internationale Beobachter öffnen

Mitglieder einer von den Kirchen unterstützten Koalition haben Indonesien dazu aufgefordert, internationalen BeobachterInnen und dem Internationalen Rote Kreuz (ICRC) Zugang nach West-Papua zu ermöglichen.

Der Aufruf ging aus einer Konsultation hervor, welche vom Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) zusammen mit der Internationalen Koalition für Papua am 22. Februar im Oekumenischen Zentrum in Genf ausgerichtet wurde. Bereits zuvor hatte der OeRK betont: „Wir unterstützen den Kampf für Menschenrechte der Menschen von Papua. Wir fordern ein Ende der anhaltenden Gewalt und der Straflosigkeit. Wir unterstützen den Ruf nach gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gerechtigkeit auf der Basis eines ernsthaften Dialogs und eines grundlegenden politischen Prozesses, der danach strebt, die Ursachen der heutigen Probleme anzugehen.“ West-Papua ist die östlichste Region Indonesiens, sie besteht aus zwei Provinzen (Papua und Papua Barat) und ist die westliche Hälfte der Insel Neuguinea.

Die Provinz Papua Barat wird mit West-Papua übersetzt. Die Daten und die Konfliktregion beziehen sich jedoch auf beide Provinzen. In beiden sind die einheimischen Papuaner (Melanesier) durch jahrzehntelange Transmigration aus anderen Teilen Indonesiens eine Minderheit von ungefähr 40–45 Prozent. West-Papua hat eine Bevölkerung von mehr als fünf Millionen Menschen, was etwas weniger als der Hälfte der indigenen Papuaner, die zur Familie der Melanesier gehören, entspricht. Beim Runden Tisch ging es auch darum derzeitige Muster von Menschenrechtsverletzungen in West-Papua besser zu verstehen. Neben der Forderung nach freiem Zugang nach Papua für internationale Journalisten und Menschenrechtsgruppen riefen sie auch dazu auf, sicherzustellen,

„dass Gewalttäter aus den Reihen der Polizei und des Militärs, die verantwortlich sind für vergangene und heutige Menschenrechtsverletzungen in West-Papua, in öffentlichen und fairen Verfahren strafrechtlich verfolgt würden“, was zu einer angemessenen Verurteilung für Gewalttäter und in der Entschädigung, Kompensation und Rehabilitation der Opfer führen soll. Victor Mambua vom Nationalen Komitee von West-Papua in Jayapura erklärte, dass er den indonesischen Präsidenten Joko Widodo gebeten habe, internationale JournalistInnen nach West-Papua zu lassen. „Es gibt kein Vertrauen zwischen den Menschen aus West-Papua und der Regierung in Jakarta, deshalb ist es nicht möglich, sich offen darüber auszutauschen, was gerade geschieht“, sagte ein Mitglied der Kirchen-Gruppe in West-Papua, die mit dem OeRK zusammenarbeitet. „Wir müssen reden. Kirche muss als prophetische Stimme alte Grenzen überwinden.“ Veronica Koman von Papua Itu Kita aus Jakarta sagte: „Die indonesische Regierung schafft es nicht, das grundlegende, historisch gewachsene Problem anzusprechen. Die Menschen von West-Papua werden nicht aufhören, für ihre Unabhängigkeit zu schreien, bis diese Grundvoraussetzung zur Sprache kommt.“

US-Priestervereinigung: Das Evangelium der Gewaltfreiheit leben

Gewaltfreiheit als eine grundlegende Glaubensfrage spricht die Vereinigung US-amerikanischer Priester an. Die Association of US-Catholic Priests (AUSCP) mit mehr als 1200 Mitgliedern hat sich in einem offenen Brief an den neuen Vorsitzenden des Komitees für internationale Gerechtigkeit und Frieden der US-amerikanischen Bischofskonferenz, Erzbischof Timothy P. Broglio, gewandt. Er ist zugleich Militärbischof des Landes. Die Priestervereinigung zitiert in ihrem Schreiben Papst Franziskus: „Laßt uns die Gewaltfreiheit zum Weg unseres Lebens machen“. Dem neuen Vorsitzenden versichern sie ihre Zustimmung, „wenn Sie öffentlich für aktive Gewaltfreiheit eintreten, wenn Sie die Fragen des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Sexismus, der Islamophobie und der himelschreienden ökonomischen Ungerechtigkeit als Fragen der Gerechtigkeit angehen, um so das schreckliche Leiden in der internationalen Gemeinschaft zu lindern.“

Die Priestervereinigung bietet den Bischöfen Unterstützung an, die Gewaltfreiheit des Evangeliums in die zahlreichen Facetten katholischen Lebens und katholischer Institutionen einzubringen und zwar in einer Weise, die sich an die Herzen aller wendet, auch an die Angehörigen des Militärs. In Zusammenarbeit mit Pax Christi und anderen Organisationen, ruft sie dazu auf, „den Weg der aktiven Gewaltfreiheit zu studieren und zu vertreten und alle Menschen guten Willens weltweit dazu aufzurufen, aktive Gewaltfreiheit zu unterstützen.“

In dem Brief schlägt sie vor darüber nachzudenken,

- ▷ *Krieg und die Atomwaffen abzuschaffen,*
- ▷ *die Lehre vom Gerechten Krieg aufzugeben und eine Ethik des Gerechten Friedens zu lehren,*
- ▷ *dazu aufzurufen, bewaffnete Drohnen nicht länger zu finanzieren, deren Einsatz außerhalb eines erklärten Krieges eine Form des Staatsterrorismus darstellt.*

Das Beispiel des aufrechten Widerstandes von Ben Salmon (1899–1932, www.bensalmon.org), eines Katholiken aus Denver, der sich gegen die Beteiligung am Ersten Weltkrieg wandte und ein erklärter Gegner einer Lehre vom „Gerechten Krieg“ war, könne dabei eine Quelle der Inspiration sein. Salmon verbrachte Jahre im Gefängnis und in Einzelhaft und war von der Todesstrafe bedroht. In dem Schreiben wird zugleich darum gebeten, eine mögliche Kanonisierung von Ben Salmon mit dem gleichen Eifer zu betreiben, wie den schon laufenden Prozeß des im Vietnamkrieg getöteten P. Vincent Capodanno.

Recht auf Staatsbürgerschaft: Grundlage für die eine Menschheitsfamilie

Auf einer Veranstaltung zum Thema „Islam und Christentum, die große Konvergenz: Gemeinsam für gleiche Bürgerrechte“ wies OeRK-Generalsekretär Tveit zunächst darauf hin, dass Christen und Muslime gemeinsam etwa die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen. „Wir reden hier aber nicht nur über uns selbst. Wir reden in vielerlei Hinsicht über die Menschheit“, sagte er am Rande der 34. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen am 15. März in Genf.

Der OeRK betrachte das Thema Bürgerrechte – und die Menschheit – aus einer theologischen Perspektive, so Tveit. „Was bedeutet es heute, an den einen Gott zu glauben, der die eine Menschheit geschaffen hat? Und was folgt daraus? Jedenfalls nicht, dass der Glaube an den einen Gott dazu führt, dass wir nur einen Teil der Menschheit als unsere Schwestern und Brüder begreifen dürfen.“

Nach einigen Beispielen, wie die Gemeinschaft der im OeRK verbundenen Kirchen weltweit christlich-muslimische Beziehungen stärken, schloss Tveit mit der Bemerkung, Staatsbürgerschaft, die in vielen Ländern eine wichtige Grundlage der Identität der Menschen darstelle, könne nicht nur als eine rein rechtliche Angelegenheit begriffen werden. Sie sei auch relevant dafür, wie wir uns gegenseitig als Menschen verstehen. Bürgerrecht sei nicht nur ein politisches oder juristisches Prinzip, sondern auch eines, das unseren Glauben an den einen Gott, der die eine Menschheit geschaffen hat, Ausdruck und rechtliche Form verleihe.

Lesotho: Oekumenische Gesundheitsstrategie

„Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele sollte nach Überzeugung des OeRK ein Anlass für die Kirche sein, ihre seit Jahrhunderten wahrgenommene Aufgabe als führende Institution zu bekräftigen, die sich auf globaler Ebene um Gesundheitsfragen kümmert und Initiativen für Gesundheit und Heilung für alle zusammenführt“, sagt Mwai Makoka, OeRK-Programmreferent für Gesundheit und Heilung.

Auf einer Zusammenkunft in Maseru, Lesotho, begann der OeRK mit der Entwicklung einer globalen ökumenischen Gesundheitsstrategie und folgt damit einer historischen kirchlichen Tradition der Gesundheitsfürsorge und Mission. „Die Kirche ist seit Jahrhunderten eine Institution, die sich um die Gesundheit der Menschen sorgt“, erklärt Makoka. „In all diesen Jahren ist sie nie von ihrer Überzeugung abgewichen, dass es ein einzigartiges christliches Verständnis von Gesundheit und Heilung gibt, das bestimmend für die Art und Weise sein sollte, in der die Kirche sich für die Gesundheit der Menschen einsetzt.“

„Die Kirche hat früh erkannt und umgesetzt, dass Gesundheit mehr ist als Medizin, mehr als körperliches oder geistiges Wohlergehen, und dass Heilung nicht primär eine Frage der richtigen Arznei ist“, fügt Makoka hinzu.

An der Konsultation am 27. Februar nahmen Kirchenleitende aus Afrika, Führungspersönlichkeiten afrikanischer christlicher Gesundheitsverbände und Kirchenorganisationen aus Europa und den USA teil.

Eine zweite Konsultation folgt am 24. Mai in Genf unter Beteiligung zahlreicher Kirchen sowie mehrerer UN- und anderer Organisationen. „Der OeRK steht zu seiner Verpflichtung der Gesundheit und Heilung für alle und hat erst vor kurzem bekräftigt, dass Gesundheit und Heilung ein zentraler Teil des Wirkens Christi und seines Aufrufs an seine Jünger war“, sagt Makoka abschließend.

Oekumenische Nächstenhilfe: Mehr prophetische Diakonie

„Glaubensgemeinschaften sind in fast jedem humanitären Kontext die wichtigste Quelle für soziales Kapital und somit für Lebensrettung, Transformation und Hoffnung“, sagt Rudelmar Bueno de Faria, neuer Generalsekretär des ACT-Bündnisses, einer diakonischen Partnerorganisation des Ökumenischen Rates der Kirchen (OeRK).

„Örtliche Glaubensgemeinschaften gehören zu den Ersthelfern, da sie im Falle einer Katastrophe direkt vor Ort sind und selbst Teil der betroffenen Bevölkerung sind“, stellte er in einem Interview mit Marcelo Schneider vom OeRK fest.

In seinen Ausführungen über die Fähigkeit

der Kirchen zur sozialen Mobilisierung und über Formen moralischer Integrität weist de Faria darauf hin, dass die kirchlichen Netzwerke bis weit in die ländlichen Gemeinschaften reichen und dort im Notfall schnell und problemlos Freiwillige mobilisieren können.

Sowohl der OeRK als auch der Lutherische Weltbund haben bei der Gründung des ACT-Bündnisses das gemeinsame Ziel verfolgt, mit ihren Mitgliedskirchen und kirchlichen Diensten und Werken eine koordinierte Plattform für ökumenische Diakonie zu etablieren, um Menschen in Notsituationen helfen zu können. Nach de Faria, der aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Brasilien (IECLB) kommt, wird diese Zielsetzung von zahlreichen ökumenischen Organisationen weltweit unterstützt.

„Aus diesem Grund wollen wir alle ein Bündnis von Kirchen und aus dem Glauben handelnden Organisationen, das unterschiedliche Kompetenzen und Fähigkeiten bündelt und in dem wir für Würde, Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte und Umweltschutz arbeiten können“, erklärt er.

„Diakonie muss für mich sowohl politisch als auch prophetisch sein, genauso wie die Aufgabe der Kirche, auf Ungerechtigkeiten hinzuweisen und die „Frohe Botschaft“ zu verkünden. „Sie transzendiert die Strukturen der Kirche und wird zu einer bedingungslosen Hilfe für alle Menschen. Sie zeigt sich in einfachen und mitfühlenden Taten und lebensrettenden Aktionen, die durch meinen Glauben motiviert sind“, fügt de Faria hinzu.

Nachhaltige Entwicklungsziele: Entscheidend für die Zukunft

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele seien die entscheidende Grundlage für eine sichere und geschützte Zukunft mit Wohlstand, Chancen und Menschenrechten für alle. Das erklärte die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Amina Mohammed.

„Auf der ganzen Welt wird der Erfolg erreichter Nachhaltiger Entwicklungsziele globale Ängste abschwächen, ein besseres Leben für Frauen und Männer gewährleisten und eine solide Grundlage für Stabilität und Frieden in allen Gesellschaften bauen, und das überall“, so Mohammed am 1. März bei der Eröffnung des Forum für Entwicklungszusammenarbeit 2017 des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC). Am Tag zuvor hatte Amina Mohammed ihren Amtseid vor Generalsekretär António Guterres im UNO-Hauptsitz in New York abgelegt.

„Erfolg verlangt einen mutigeren Ansatz mit Blick auf Finanzierung und Partnerschaften. Wir werden nichts ohne einen Einsatz aller Akteure erreichen“, fügte sie an und hielt damit alle Staaten an, ihre Systeme und Ansätze zu überdenken und traditionelle Planung, Steuerung und Kontrolle zu verbessern. Auch die UNO müssten in gleicher

Weise „zwecktauglich“ sein, damit sie ihren Mitgliedsstaaten helfen könnten, die „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung“ umzusetzen. „Wir müssen unsere Ansätze von Partnerschaft und Finanzierung erneuern, gerade auf lange Sicht. Wir müssen die Jugend befähigen, am politischen und wirtschaftlichen Leben in ihren Ländern und Gemeinschaften teilzunehmen und dieses zu prägen – sie sind die Träger von Frieden und Entwicklung“, betonte sie. In ihrer Rede führte die stellvertretende VN-Generalsekretärin zudem aus, dass sich, trotz Fortschritten, Afrika weiterhin in einer prekären Lage befände und deshalb Priorität der UNO bliebe. Die Anstrengungen müssten verstärkt werden, damit die am wenigsten entwickelten Staaten, die Binnenstaaten und kleinen Inseln der Entwicklungsländer unterstützt werden, um so ihre Anfälligkeit zu verringern und Widerstandsfähigkeit aufzubauen. Sie fügte hinzu, dass es „unumgänglich ist, dass wir auf der ganzen Welt uns auf die konzentrieren, die am meisten abgehängt sind. Der Aufschwung von Optimismus und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten hat bei weitem noch nicht alle Regionen erreicht.“ Sie betonte zudem die Notwendigkeit, wachsende weltweite Ungleichheiten zu thematisieren, Gender-Diskriminierung zu bekämpfen, die noch immer die Möglichkeiten und das Potential von Frauen und Mädchen in allen Ländern einschränkt. Der Fokus läge in Zukunft im Kern auf drei Kernprinzipien: Stärkung der unteilbaren Führung des UNO-Entwicklungssystems für Kohärenz und Integration auf allen Ebenen, Arbeit am Vertrauensdefizit, um Rechenschaftspflicht und Transparenz zu verbessern sowie der Rückkopplung mit nationalen Prioritäten. Sie stellte klar: „Allein mit den Lösungen der Vergangenheit werden wir den Herausforderungen der Zukunft nicht begegnen können.“ Die Welt habe jetzt eine einmalige Gelegenheit in dieser Generation eine bessere Zukunft für die ganze Menschheit zu sichern. „Die Aufgabe ist eine Herausforderung, doch wenn wir zusammenarbeiten, ist nichts unmöglich.“

Atomwaffen: Papst verlangt Verbot

Ein weltweites Verbot von Atomwaffen forderte Papst Franziskus in einer Botschaft an eine UNO-Konferenz als einem „humanitären Imperativ“. Es könne keinen Frieden geben, solange Staaten sich „gegenseitige Zerstörung oder gar totale Auslöschung“ androhten. Franziskus rief alle Länder – auch jene, die gar keine Atomwaffen besitzen – dazu auf, sich an einem Tisch zu setzen und miteinander Lösungen zu finden. Bei der UNO-Konferenz von New York, die sich mit einer weitest möglichen Ächtung von Atomwaffen beschäftigt, fehlen nahezu alle Nato-Mitgliedstaaten sowie Russland. Auch Deutschland ist, anders als Österreich, nicht bei der Konferenz vertreten. Franziskus hofft

in seinem Aufruf vom 28. März, dass das Treffen trotz des Fehlens vieler wichtiger Staaten einen „wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen“ bedeuten möge.

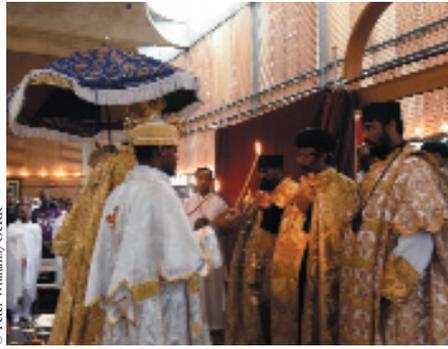
Bis Ende Juni wollen die Delegierten der rund 100 teilnehmenden Staaten ein Abkommen vorbereiten, das Entwicklung, Produktion, Lagerung, Tests und Weitergabe von Nuklearwaffen verbieten soll. Auch wollen die Delegierten klären, wie die derzeitigen Bestände abgebaut und vernichtet werden könnten. In Deutschland lagern auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) noch immer ca. 20 US-Atomwaffen. In den kommenden Jahren plant die Regierung der USA, diese durch weiter entwickelte und zielgenauere Typen zu ersetzen, womit die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz sinkt.

Namibia: Gemäß Lutherischem Weltbund ist „Schöpfung – für Geld nicht zu haben“

Der Lutherische Weltbund bereitet seine Zwölfte Vollversammlung im Mai vor. Das höchste Entscheidungsgremium der Lutheraner tritt alle sechs bis sieben Jahre zusammen. Sie wird diesmal in Windhoek, Namibia, stattfinden. Erwartet werden 800 Teilnehmende aus 98 Ländern. Das Thema der Vollversammlung lautet „Befreit durch Gottes Gnade“, seine drei Unterthemen „Erlösung – für Geld nicht zu haben“, „Menschen für Geld nicht zu haben“ und „Schöpfung – für Geld nicht zu haben“. Namibia war einst deutsches Kolonialgebiet. Deutsche Truppen begingen anfangs des letzten Jahrhunderts einen Genozid an den dort lebenden Herero und Nama – mit ungelösten Folgeproblemen bis heute. Die Vollversammlung wird die Arbeitsschwerpunkte des Weltbundes für die kommenden Jahre festlegen und des 500-jährigen Jubiläums der Reformation gedenken. Dazu werden am 14. Mai im Sam Nujoma-Stadium in Windhoek 10.000 Teilnehmende erwartet.

Weltkirchenrat: Vorhaben

Schwerpunkte der Arbeit des OeRK bis 2018 sollen der Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens sein, die Vorbereitungen auf die 11. Vollversammlung 2021 sowie das anstehende 70. Gründungsjubiläum. Der OeRK wurde im Oktober 1948 in Amsterdam gegründet. Im Jahre 2018 wird die Kirchengemeinschaft nicht nur wichtige Meilensteine in der Geschichte des OeRK feiern, sondern weiterhin Ungerechtigkeiten unserer heutigen Zeit und den anhaltenden Kampf für einen gerechten Frieden thematisieren. Die kommende Weltmissionskonferenz wird für 2018 in Tanzania vorbereitet. Im Herbst des nächsten Jahres ist im schwedischen Uppsala die Vollversammlung des globalen



© Peter Williams/OeRK

Für den Weltkirchenrat spielen Gottesdienste eine zentrale Rolle. Das wird sichtbar bei einem Besuch des äthiopischen Patriarchen Abune Matthias I, hier in der Kapelle des OeRK-Zentrums am 11. Februar.

Diakoniebündnisses ACT Alliance vorgesehen, um dann zusammen mit dem Exekutiv-ausschuss des OeRK sich einen Tag lang mit den Themen ökumenische Diakonie und nachhaltige Entwicklung zu befassen.

Das Jahr 2018 markiert das 50. Jubiläum der 4. OeRK-Vollversammlung 1968 in Uppsala und das 70. Jubiläum der Gründung des OeRK 1948 in Amsterdam. Auf der Agenda des OeRK stehen die Vorbereitungen auf die 11. Vollversammlung 2021, evtl. in Berlin.

Myanmar: Für bessere Beziehungen zu Buddhisten

Im Rahmen einer Tagung, die in Myanmar stattfand, forderten die siebzig Delegierten buddhistischer und christlicher Gemeinschaften eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Glaubensrichtungen auf örtlicher und globaler Ebene. „Stimmen der Hoffnung in einer neuen Zeit“ war das Thema dieser Konferenz in Rangun vom 16. bis zum 20. Januar mit Teilnehmenden aus Japan, Myanmar, Sri Lanka, Taiwan, Thailand, England und den Vereinigten Staaten. Das Ziel dieser Zusammenkunft bestand darin, Berichte über die positive Zusammenarbeit dieser beiden Glaubenstraditionen in Myanmar zu hören; etwas über die Vorstellungen buddhistischer Gelehrter hinsichtlich besserer Beziehungen mit christlichen Gläubigen zu erfahren; und zu erkunden, wie gemeinsame Aktionen, ein gemeinschaftliches Zusammenleben, Gebete und Meditation zum gegenseitigen Nutzen gestaltet werden könnten. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Teilnehmenden ihre jeweiligen Glaubensgemeinschaften aufgefordert, einen Beitrag zum Aufbau engerer Beziehungen zu leisten, gegründet auf den gemeinsamen Werten Demut, Aufrichtigkeit und Menschlichkeit. Buddhistische und christliche akademische und religiöse Einrichtungen sollen auf diese Weise motiviert werden, nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Damit verbunden war auch die Forderung nach einer gleichberechtigten Teilnahme von Frauen und Männern an vielfältigen Aktivitäten. Erzbischof Stephen Than Myint Oo von der gastgebenden Ang-

likanischen Kirche der Provinz Myanmar erinnerte in seiner Eröffnungspredigt daran, wie Menschen christlichen und buddhistischen Glaubens nach dem Zyklon Nargis im Jahr 2008 gemeinsam ums Überleben kämpften. „Angesichts einer solchen Katastrophe wird schnell klar, dass unabhängig davon, ob der Mensch christlichen, buddhistischen oder muslimischen Glaubens ist, der gemeinsame Feind diese tödlichen Fluten sind, die unser aller Leben bedrohen, und dass Überleben unser gemeinsames Ziel ist“, sagte er über den verheerenden Wirbelsturm, der nach Aussagen der Vereinten Nationen fast 85.000 Todesopfer und mehr als 54.000 Vermisste forderte. Er wies ebenfalls darauf hin, dass nachhaltige Friedensprozesse in einer Gesellschaft nicht nur politische Expertise erfordern, sondern auch eine religiöse und spirituelle Dimension haben. Die Teilnehmenden sprachen über die christlich-buddhistischen Beziehungen in anderen Teilen der Welt, nahmen an einem christlichen Gottesdienst und einer buddhistischen Meditation teil und stellten gemeinsam Betrachtungen von Bibeltexten an.

Klimagerechtigkeit: Reiche Industrieländer in der Pflicht

In einer Erklärung zu Klimagerechtigkeit während seines Chinabesuchs rief der Exekutiv-ausschuss des Weltkirchenrats in Nanjing „insbesondere reiche Industrieländer auf, ihre Unterstützung auszuweiten (auch durch Technologietransfer) und die Verpflichtung zu erfüllen, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung daran bereitzustellen.“ Das Thema wurde fortgesetzt auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion über Klimawandel und Menschenrechte“ Mitte Februar am Sitz der Vereinten Nationen in Genf. Dinesh Suna, Koordinator des Oekumenischen Wassernetzwerkes, gab dabei einen Überblick über das bisherige Engagement des OeRK in ökologischer Gerechtigkeit. Er wies auf einige wesentliche Punkte der vor kurzem in China abgegebenen Erklärung des OeRK zum Klimawandel hin. Er betonte den „moralischen Imperativ für die Abkehr von fossilen Brennstoffen und der Hinwendung zu CO₂-armen Technologien für wirtschaftliches, soziales und ökologisches Wohlergehen und Nachhaltigkeit für die gesamte Schöpfung.“ Die Information, dass der OeRK und viele seiner Mitgliedskirchen, darunter auch die Vereinigte Kirche von Kanada und die Kirche von Schweden, sich gegenwärtig von fossilen Brennstoffen trennen, führte zu lebhafter Diskussion unter den Teilnehmenden.

THEMA

Konziliarer Prozess und Nachhaltige Entwicklungsziele

Teil IV



Die Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) stellt der Oekumenische Informationsdienst mit einer Themenreihe vor, in dieser Ausgabe sind es die Ziele 16 (Frieden und Gerechtigkeit) und 17 (Umsetzungsmittel stärken).

„Frieden „ ist ein konstitutives Merkmal für christliche Kirchen. Im biblischen Begriff des Schalom erhält er umfassende Bedeutung, ein Frieden in Gerechtigkeit. Die biblische Sichtweise ist ganzheitlich. Sie schließt auch die Schöpfung ein. Das hat in den Kirchen der konziliare Prozess gegenseitiger Selbstverpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung deutlich gemacht. Auf der Oekumenischen Weltversammlung in Seoul 1990, der im Blick auf die globale Übereinstimmung wichtigsten Artikulationsplattform, wurde in der Grundüberzeugung VI formuliert:

„Wir bekräftigen den Frieden Jesu Christi“. Die Erläuterung lautet: „Die einzig mögliche Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist Gerechtigkeit (Jesaja 32,17). ... Jesus sagte: ‚Selig sind, die Frieden schaffen‘ und ‚Liebt eure Feinde‘. Die Kirche ist als die Gemeinschaft des gekreuzigten und auferstandenen Christus dazu aufgerufen, in der Welt für die Versöhnung einzutreten. ... In Jesus Christus hat Gott die Feindschaft zwischen Nationen und Völkern überwunden und will uns auch jetzt Frieden in Gerechtigkeit schenken. ... Nach biblischem Glauben bedeutet wahrer Friede, dass jeder Mensch in einer Beziehung der sicheren Geborgenheit zu Gott, zum Nächsten, zur Natur und zu sich selbst steht. Gottes Gerechtigkeit schützt die ‚Geringsten‘ (Matthäus 25, 31–46), die, die am verletzlichsten sind (5. Mose 24). Gott ist der Anwalt der Armen (Amos 5). ... Frieden kann nicht durch eine Doktrin der nationalen Sicherheit erlangt oder erhalten werden ... Wir bekräftigen Gottes Frieden in seiner ganzen Bedeutung. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen und Konflikte durch aktive Gewaltfreiheit zu lösen. Wir werden jedem Verständnis und

System von Sicherheit widerstehen, das den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln vorsieht. ... Wir verpflichten uns, unsere persönlichen Beziehungen gewaltfrei zu gestalten. Wir werden darauf hinarbeiten, auf den Krieg als legales Mittel zur Lösung von Konflikten zu verzichten.“

Der konziliare Prozess hatte Ausstrahlungskraft sowohl mit seinen Inhalten als auch in seiner Organisation durch die Aufhebung der Teilnahmebeschränkung auf offizielle und kirchenleitende Akteure und der Einbeziehung von Basisinitiativen. Diese Öffnung kann dann auch in der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro beobachtet werden. In der Schlusserklärung von Rio formulierte der abschließende zusammenfassende Satz noch „Frieden, Entwicklung und Umweltschutz hängen voneinander ab; sie lassen sich nicht trennen.“ Hier ist eine Parallele zu erkennen zum konziliaren Prozess und der Oekumenischen Weltversammlung von 1990 in Seoul. Der Generalsekretär der UNO-Versammlung in Rio war Maurice Strong. Er kannte den Oekumenischen Rat und seine Diskussionen gut. Bereits 1975 hatte er bei einem Grußwort vor der Fünften Vollversammlung des OeRK in Nairobi, damals als Direktor des UNO-Umweltprogramms, den OeRK als „eine der wirksamsten Weltorganisationen“ bezeichnet, „auf deren Führung und Unterstützung die Organisationen der Vereinten Nationen bei zahlreichen Problemen in der Gestaltung der menschlichen

Zukunft immer stärker zurückgreifen.“ Maurice Strong, der seine Fähigkeiten zur Leitung internationaler Konferenzen in jüngeren Jahren beim YMCA erlernte, war dann 1992 Generalsekretär der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio. Ökumenische Aktivitäten waren ihm vertraut. Zwischen der ökumenischen Bewegung und den Vereinten Nationen existierten viele weitere persönliche und kooperative Verbindungen.

In vielen konkreten inner- und zwischenstaatlichen Konfliktfällen haben sich Christen ihrer Berufung zum Frieden in seiner umfassenden Bedeutung gemäß eingesetzt. Die Kirchen haben ihre im konziliaren Prozess ausbuchstabierte gemeinsamen Überzeugungen in den Jahren von 2000 bis 2010 in der Dekade zur Überwindung von Gewalt in einzigartiger Weise vertieft. Im abschließenden „Aufruf zum Gerechten Frieden „ entfalten sie ihr Verständnis in den Bereichen „Friede in der Gemeinschaft“ mit Verweis auf Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und der Beendigung von Gewalt gegen Frauen oder Minderheiten, „Friede mit der Erde“, mit einem Bekenntnis zu Bewahrung der Schöpfung, und einem entsprechenden neuen Lebensstil, „Friede in der Wirtschaft“ wobei hier auf viele Beispiele struktureller Gewalt in der politischen Ökonomie verwiesen wird, und „Frieden zwischen den Völkern“, wozu es in der zusammenfassenden Botschaft heißt „Wir als Kirchen sind in der Lage, die Mächtigen Gewaltfreiheit zu lehren – wenn wir es nur wagen. Denn wir folgen dem Einen nach, der als hilfloses Kind in die Welt kam, der am Kreuz gestorben ist, der uns gesagt hat, dass wir unsere Schwerter beiseitelegen sollen, der uns gelehrt hat, unsere Feinde zu lieben, und der von den Toten auferweckt wurde.“



Die umfassende Bedeutung von „Frieden“ ist durch die Jahrhunderte ein Thema kirchlicher Kunst. Hier eine Illustration aus dem „Stuttgarter Psalter“ (zw. 820 und 830 n. Chr. in Paris entstanden) zu Psalm 85,11: „Frieden und Gerechtigkeit werden sich küssen“.

Quelle und ©: Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart, Cod. bibl. fol. 23, Bl. 100v]

„Frieden“ in der Agenda 2030 und in den SDGs

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung, den SDGs, nennt im ersten Satz ihrer Präambel“ als Absicht die Festigung eines universellen Friedens. Sie fährt fort „Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“ Dem folgen dann die Ziele nachhaltiger Entwicklung und ihre 169 Unterziele.

In den Vorläufern der SDGs, den Millennium Development Goals, MDGs, war der Bereich „Frieden“ nicht enthalten. Im Entwicklungsdiskurs der Vereinten Nationen erhielt nun das Friedensthema in der Agenda 2030 und den SDGs wieder eine zählende Position. Dazu sind in den Verhandlungen, an denen sowohl die Vertreter der Nationalstaaten wie solche der Zivilgesellschaft beteiligt waren, Anliegen aus der Friedensbewegung eingeflossen.

Erwähnenswert, dass in dem eigenen ökumenischen Set für Ziele nachhaltiger Entwicklung von bereits 2013 des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und des Hilfswerks „Brot für alle“ ebenfalls Messlatten für das Friedensengagement vorgeschlagen wurden. („Ecumenical Sustainable Development Goals. A Discussion Paper by the Swiss Delegation for the 10th WCC Assembly in Busan“; Hella Hoppe/Otto Schäfer, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund/Brot für alle, Bern, 13.11.2013)



Ziel 16:

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Die Unterziele lauten:

16.1 Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern
16.2 Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden

16.2 Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewährleisten

16.4 Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen

16.5 Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren

16.6 Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

16.7 Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist

16.8 Die Teilhabe der Entwicklungsländer an den globalen Lenkungsinstitutionen erweitern und verstärken

16.9 Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben

16.10 Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten und die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften

16.a Die zuständigen nationalen Institutionen namentlich durch internationale Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau auf allen Ebenen zur Verhütung von Gewalt und zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität unterstützen, insbesondere in den Entwicklungsländern

16.b Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen

Die Unterziele zu SDG 16 sind allgemein formuliert. So besteht ein gewisser Nachholbedarf bei der Weiterentwicklung und Konkretisierung.

Auch muss der Versuchung widerstanden werden, den Blick auf kurzfristige Sicherheitsinteressen in Bezug auf Terrorismus oder Kriminalität zu verengen und bei der Forderung nach starken Institutionen stehenzubleiben. Unbefriedigend ist der Umstand, dass der für Friedens- und Versöhnungsprozesse wesentliche Bereich des konstruktiven Umgangs mit gewaltbelasteter Vergangenheit – jenseits der juristischen Auseinandersetzung – nicht vorkommt. Ein normensetzendes Beispiel bietet Südafrika mit seiner „Wahrheits- und Versöhnungskommission“.

Ein neuer Indikator sollte die Ausbildung in gewaltfreier und konstruktiver Konfliktbearbeitung und die relevante Ausweitung des zivilen Friedensdienstes beinhalten.

Nichtregierungsorganisationen verlangen im Blick auf globale Kooperation u.a. für SDG 16

▷ *eine Weiterentwicklung und Konkretisierung u. a. durch ein Verbot von Massenvernichtungswaffen, insbesondere Atomwaffen; unzählige Male haben Kirchen in der Ökumene die Drohung mit Massenvernichtungswaffen, auch ihre Entwicklung, Vorhaltung und natürlich Anwendung, als*

Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt, eine Verbotskonferenz benötigt deutsche Beteiligung, eine restriktivere Rüstungsexportpolitik, unter anderem die messbare Reduzierung des Exports kleiner und leichter Waffen, eine effektivere Endverbleibskontrolle und die Begrenzung der staatlichen Hermesbürgschaften, mit deren Hilfe Rüstungsexportfirmen private Gewinne garantiert werden,

- ▷ *die Bekämpfung illegaler Finanzströme und die Rückführung gestohlener Vermögenswerte, – die Stärkung von Haftungs- und Sorgfaltspflichten entlang der Wertschöpfungsketten,*
- ▷ *verpflichtende Regelungen zum Umgang mit Rohstoffen, deren Abbau und Handel, die den Konfliktparteien und Gewaltakteuren zur Finanzierung dienen,*
- ▷ *die Gestaltung einer menschenrechtskonformen und friedensorientierten Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie*
- ▷ *eine nachhaltige Ernährungs- und Energiepolitik, die die negativen Folgen hinsichtlich des Flächenverbrauchs in Entwicklungsländern und die damit verbundenen Konfliktpotenziale berücksichtigt.*

Auf der Friedenskonvokation des OeRK 2011 wurde darüber hinaus diskutiert, „ob Märkte jemals als ein Raum für Frieden angesehen werden können oder ob sie eher als Beleg für strukturelle Gewalt gelten“ müssen.

Das „Global Policy Forum“ in Bonn schlägt als Indikatoren für das SDG 16 vor:

- ▷ *Umfang der Rüstungsexporte in Krisengebiete und Gebiete mit systematischen Menschenrechtsverletzungen*
- ▷ *Globaler Militarisierungsindex, ggf. erweitert um eine Komponente, die die absoluten Militärausgaben berücksichtigt*
- ▷ *Höhe der „Illicit Financial Flows“ aus Ländern des globalen Südens – Schattenfinanzindex*
- ▷ *Open Budget Index*

Zur Friedensdimension der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in der deutschlandweiten Umsetzung der SDGs unterbreiteten „Ohne Rüstung leben“, Pax Christi, der Bund für soziale Verteidigung, die Plattform zivile Konfliktbearbeitung, VENRO, das Forum Ziviler Friedensdienst und der Zivile Friedensdienst eine eigene Stellungnahme. Sie verlangen darin eine Friedenverträglichkeitsprüfung („do-no-harm-Prüfung“), einen Indikator für friedensfördernde Maßnahmen der Bundesregierung im Ausland; einen eigenen Indikator für Gewalt im Inland, die Messung der Erst- und Sammelausfuhren an deutschen Rüstungsexporten in Drittstaaten; einen Indikator für Abrüstung angesichts hoher Militärausgaben; schließlich den Ausbau der Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der 2030-Agenda. Es existieren nicht wenige weitere Vorschläge zur Weiterentwicklung des SDG 16, seinen Unterzielen und Indikatoren, etwa vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI oder dem „Institute for Economics and Peace“ in Sydney/Australien mit seinem „Global Peace Index“.

GEBET

**Kyrie eleison**

Die Familien, die von zwei Dollar oder weniger am Tag leben, können nicht auf ausreichend Nahrungsmittel warten.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die jungen Menschen, die unentwegt und ohne Hoffnung nach Arbeit suchen, können nicht auf eine Arbeitsstelle warten.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die Frauen und Kinder, die Opfer von Menschenhandel und Sklaverei sind, können nicht auf die Freiheit warten.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die Menschen, die von Krieg und ständiger Gewalt zermürbt sind und vor der Gefahr fliehen, können nicht auf den Frieden warten.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die Menschen, die verachtet und verspottet, verhöhnt und verleumdet, ausgelacht und ausgestoßen werden, können nicht darauf warten, akzeptiert zu werden.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die Menschen, die einsam und verloren sind, können nicht alleine darauf warten, dass das Telefon klingelt.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die HIV-Infizierten, die zu arm sind, um ihre Behandlung zu bezahlen, können nicht auf die notwendigen Medikamente warten.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Die Menschen, die von Gummigeschossen verletzt werden und deren Ruf nach Freiheit von Tränengas erstickt wird, können nicht länger auf Demokratie warten.

Herr, eile ihnen zu helfen.

Kyrie eleison

Vaterunser

Amen.

Aus der Liturgie bei der Tagung des OeRK-Zentralausschusses 2011, Bezug genommen wurde dabei auf das Markusevangelium. Dort ist „sofort“ ein Schlüsselwort. Ein Mädchen muss von den Toten auferweckt, eine Frau geheilt werden. Jesu Dienst wird dringend gebraucht. Daran anschließend die Fragen: Welcher Dienst ist für uns wichtig? Was bedarf unserer sofortigen Aufmerksamkeit? Welche Lösungen könnten für uns als Gemeinschaft von Gott kommen?

© beim OeRK

Ziel 17:



Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die Unterziele lauten, gegliedert in fünf Abschnitte:

Finanzierung

17.1 Die Mobilisierung einheimischer Ressourcen verstärken, einschließlich durch

internationale Unterstützung für die Entwicklungsländer, um die nationalen Kapazitäten zur Erhebung von Steuern und anderen Abgaben zu verbessern

17.2 Sicherstellen, dass die entwickelten Länder ihre Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe voll einhalten, einschließlich der von vielen entwickelten Ländern eingegangenen Verpflichtung, die Zielvorgabe von 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der Entwicklungsländer und 0,15 bis 0,20 Prozent zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen; den Geben öffentlicher Entwicklungshilfe wird nahegelegt, die Bereitstellung von mindestens 0,20 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder als Zielsetzung zu erwägen

17.3 Zusätzliche finanzielle Mittel aus ver-

schiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren

17.4 Den Entwicklungsländern dabei behilflich sein, durch eine koordinierte Politik zur Förderung der Schuldenfinanzierung, der Entschuldung beziehungsweise der Umschuldung die langfristige Tragfähigkeit der Verschuldung zu erreichen, und das Problem der Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder angehen, um die Überschuldung zu verringern

17.5 Investitionsförderungssysteme für die am wenigsten entwickelten Länder beschließen und umsetzen

Technologie

17.6 Die regionale und internationale Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit und Dreieckskooperation im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation und den Zugang dazu verbessern und den Austausch von Wissen zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen verstärken, unter anderem durch eine bessere Abstimmung zwischen den vorhandenen Mechanismen, insbesondere auf Ebene der Vereinten Nationen, und durch einen globalen Mechanismus zur Technologieförderung

17.7 Die Entwicklung, den Transfer, die Verbreitung und die Diffusion von umweltverträglichen Technologien an die Entwicklungsländer zu gegenseitig vereinbarten günstigen Bedingungen, einschließlich Konzessions- und Vorzugsbedingungen, fördern

17.8 Die Technologiebank und den Mechanismus zum Kapazitätsaufbau für Wissenschaft, Technologie und Innovation für die am wenigsten entwickelten Länder bis 2017 vollständig operationalisieren und die Nutzung von Grundlagentechnologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, verbessern

Kapazitätsaufbau

17.9 Die internationale Unterstützung für die Durchführung eines effektiven und gezielten Kapazitätsaufbaus in den Entwicklungsländern verstärken, um die nationalen Pläne zur Umsetzung aller Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, namentlich im Rahmen der Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit und der Dreieckskooperation

Handel

17.10 Ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern, insbesondere durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen ihrer Entwicklungsagenda von Doha

17.11 Die Exporte der Entwicklungsländer deutlich erhöhen, insbesondere mit Blick

darauf, den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Exporten bis 2020 zu verdoppeln

17.12 Die rasche Umsetzung des zoll- und kontingentfreien Marktzugangs auf dauerhafter Grundlage für alle am wenigsten entwickelten Länder im Einklang mit den Beschlüssen der Welthandelsorganisation erreichen, unter anderem indem sichergestellt wird, dass die für Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern geltenden präferenziellen Ursprungsregeln transparent und einfach sind und zur Erleichterung des Marktzugangs beitragen

Systemische Fragen

Politik- und institutionelle Kohärenz

17.13 Die globale makroökonomische Stabilität verbessern, namentlich durch Politikkoordinierung und Politikkohärenz

17.14 Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern

17.15 Den politischen Spielraum und die Führungsrolle jedes Landes bei der Festlegung und Umsetzung von Politiken zur Armutsbeseitigung und für nachhaltige Entwicklung respektieren

Multi-Akteur-Partnerschaften

17.16 Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen

17.17 Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern

Daten, Überwachung und Rechenschaft

17.18 Bis 2020 die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Entwicklungsländer und namentlich die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer erhöhen, mit dem Ziel, über erheblich mehr hochwertige, aktuelle und verlässliche Daten zu verfügen, die nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Rasse, Ethnizität, Migrationsstatus, Behinderung, geografischer Lage und sonstigen im nationalen Kontext relevanten Merkmalen aufgeschlüsselt sind

17.19 Bis 2030 auf den bestehenden Initiativen aufbauen, um Fortschrittsmaße für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die das Bruttoinlandsprodukt ergänzen, und den Aufbau der statistischen Kapazitäten der Entwicklungsländer unterstützen

Das eigenständige Ziel 17 befasst sich mit

den Mitteln zur Umsetzung der SDGs. Hier finden sich in fünf Abschnitten Zielvorgaben, die alle Bereiche der 2030-Agenda betreffen, von der Finanzierung über den Technologietransfer bis zur Handelspolitik und den sog. systemischen Fragen. Darauf weist auch das Global Policy Forum hin.

Zur Finanzierung

Die Agenda 2030 und ihre SDGs benötigen zusätzliche finanzielle Mittel, wahrscheinlich nicht mehr nur Milliarden, sondern Billionen. Dazu bedarf es einer verstärkten Mobilisierung heimischer Ressourcen und der Steigerung der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Entsprechende Ausführungen macht das Global Policy Forum in Bonn.

In SDG 17.2 werden die Länder des globalen Nordens entsprechend daran erinnert, ihr jahrzehntealtes Versprechen zu erfüllen und mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Ein Teil der zusätzlichen Mittel für die Umsetzung der SDGs ließe sich aus den Erlösen der Finanztransaktionssteuer finanzieren.

Technologie und Handel

Neben finanziellen Ressourcen spielt auch die Unterstützung der Länder des globalen Südens durch die Bereitstellung von Technologien und Mitteln zum Aufbau eigener Kapazitäten eine wichtige Rolle. Für das Global Policy Forum ist vor allem der Beschluss von Addis Abeba 2015 bemerkenswert, einen Technology Facilitation Mechanism einzurichten. Er soll dafür sorgen, dass auch ärmere Länder in den Genuss innovativer Technologien kommen.

Im Handelsbereich haben es die Regierungen bei der Betonung der Rolle der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) belassen.

Alternative Wohlstandsmaße

Als letzte der 169 Zielvorgaben der 2030-Agenda ist in SDG 17.19 u. a. vorgesehen, das Bruttoinlandsprodukt um eine Fortschrittsmessung zu ergänzen, die nachhaltige Entwicklung besser abbildet. Ein Vorschlag unter anderen ist der Nationale Wohlfahrtsindex, den die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg entwickelt hat.

Als exemplarische Indikatoren für das SDG 17 nennt das Global Policy Forum:

Exemplarische Indikatoren

- ▷ *Steuerquote (Steuereinnahmen/BIP)*
- ▷ *Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen*
- ▷ *Anteil der öffentlichen internationalen Kli-*

mafinanzierung am Bruttonationaleinkommen

- ▷ *Anteil der für die ärmsten Länder ausgegebenen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit*
- ▷ *Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, die für die Stärkung von Steuersystemen in Entwicklungsländern verwendet wird*
- ▷ *Schuldendienst der Länder des globalen Südens*
- ▷ *Höhe der Erlöse der Finanztransaktionssteuer und Anteil, der zur Finanzierung der 2030-Agenda verwendet wird*
- ▷ *Beiträge an die Vereinten Nationen, aufgeschlüsselt nach Empfänger und nach Pflichtbeiträgen und freiwilligen Beitragsleistungen*
- ▷ *Anzahl der vom Statistischen Bundesamt erhobenen Nachhaltigkeitsindikatoren*

Systemische Fragen

In den SDGs wird keine explizite Kritik am vorherrschenden Wirtschaftssystem und seinen Mechanismen geübt. Diese Freiheit nehmen sich die Kirchen. Papst Franziskus schreibt in seiner Umwelt-Enzyklika „Laudato Si“: „Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen.“ (Abs.189) In der Erklärung der Vollversammlung des OeRK in Busan „Gemeinsam für das Leben. Mission und Evangelisation in sich wandelnden Kontexten“ heißt es schon zuvor: „Die Politik des grenzenlosen Wachstums durch die Herrschaft des globalen freien Marktes ist eine Ideologie, die ... absolute Gefolgschaft (verlangt), was einem Götzendienst gleichkommt“. „Es ist ein globales vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt. Dieser Turmbau der Habgier bedroht mittlerweile den gesamten Öko-Haushalt Gottes. Das Reich Gottes steht der Herrschaft des Mammons diametral entgegen.“ (31) „Der Geist ermächtigt die Machtlosen und fordert die Mächtigen dazu heraus, sich ihrer Privilegien zugunsten der Entmachteten zu entäußern.“ (33) Aus dem Geist zu leben bedeutet aber auch, „das Leben in seiner Fülle zu schmecken.“ (34)

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin

Schwerpunkt Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und Konziliarer Prozess

Seit vielen Jahren arbeitet das Oekumenische Büro in Berlin-Treptow/Köpenick mit der Agenda 21 und den Ergebnissen des Konziliaren Prozesses. Daraus sind etliche konkrete Projekte entstanden, u. a. auf kommunaler Ebene. Nun befasst sich die Initiative mit Weiterungen. Sie bemerkt dazu:

- ▷ *Durch die Bundesregierung wurden zur Unterstützung der Zivilgesellschaft vier „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeit“ (RENN) für alle Bundesländer eingerichtet, die die Zivilgesellschaft unterstützen sollen. Damit wurde eine wichtige Forderung, die beim Agenda 21-Prozess erhoben wurde, jetzt eingelöst.*
- ▷ *Da es den Konziliaren Prozess seit 1983 mit eigenständigen Aktivitäten gibt, ordnet das Berliner Oekumenische Büro Treptow-Köpenick die Zivilgesellschaft in zwei Teilbereiche ein.*

Besonders wichtig für Begründungen zum Konziliaren Prozess sind:

- ▷ *Die 6. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen beschließt 1983, einen dauerhaften Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzuleiten. Die Lösung globaler Krisen ist nur bei gemeinsamer Betrachtung dieser Trias möglich.*
- ▷ *Die 2. Europäische Oekumenische Versammlung in Graz/Österreich 1997 stellt fest, dass der Konziliare Prozess im Agenda 21-Prozess seine politische Entsprechung gefunden hat.*

Im Berliner Bezirk Köpenick, nach der Fusion dann Treptow-Köpenick, wurde dieses Verknüpfen seit 1993 auch im Erfahrungsaustausch mit der ARGE Wien praktiziert. Ab 2017 erfolgt die Fortsetzung dieses Weges über die neu zu entwickelnde „Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Treptow-Köpenick“.

Die Initiativgruppe bietet eine grafische Darstellung vom Verlauf des konziliaren Prozesses und den zivilgesellschaftlichen Parallelen an, die bei ihr abrufbar ist.

Kontakt: Oekumenische Initiativgruppe Eine Welt (OEIGEW) Berlin-Treptow/Köpenick
Oekumenisches Büro, Rudower Str. 23, 12557 Berlin
Tel.: 030/46734594, klaus.wazlawik@gmx.de

► Bremen

Oekumenische Staffel der Gastfreundschaft

Zweiundvierzig Bremer Gemeinden verschiedener Konfessionen und Kulturen haben einander besucht und das biblische Ideal der Gastlichkeit aufleben lassen. Die Oekumenische Staffel der Gastfreundschaft ermöglichte es Bremer ChristInnen über bereits bestehende Kontakte und über Konfessions- und Stadtteilgrenzen hinaus die bunte Vielfalt des christlichen Lebens in Bremen kennenzulernen und einander Gastfreundschaft zu schenken. Jede Gemeinde war im Verlauf dieses Projekts einmal in der Rolle des Gastgebers und einmal in der Rolle des Gastes. So lernte jede Gemeinde zwei weitere Gemeinden kennen. Wer wen traf, entschied das Los am Ende der jeweiligen Begegnung.

Teil jeder Begegnung waren das Beisammensein mit Gesprächen über die praktische Arbeit und den Alltag der Gemeinden bei einem kleinen Imbiss, eine Führung durch Gemeinde und Gottesdienstraum, ein gemeinsames Lied und Gebet sowie die Weitergabe des Staffelstabes.

Bei den Begegnungen und dem gegenseitigen Austausch rückten konfessionelle Differenzen in den Hintergrund, sodass der Geist der Zusammengehörigkeit und Einheit in Christus in den Vordergrund rückten. Die Gemeinden haben die Erfahrung gemacht, dass konfessionell-theologische Differenzen beim Schenken und Empfangen von Gastfreundschaft keine Rolle spielen. So traf schließlich syrisch-orthodox auf katholisch, evangelisch-lutherisch auf afrikanisch und altkatholisch auf evangelisch-reformiert ... und so weiter. Bei 42 Begegnungen haben gut 1200 Personen erlebt, welche Vielfalt christliches Leben in Bremen zu bieten hat.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) würdigte dieses Projekt mit dem Oekumenepreis 2017. Schirmherr des Preises, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, lobte das Projekt, das in Zeiten zunehmender Individualisierung auf lebendige Weise Abgrenzung überwinde und dazu anrege, wechselseitig Kontakt zu pflegen.

KIRSTEN MITTMANN

Kontakt: Evangelisches Bildungswerk Bremen
im forumKirche, Hollerallee 75, 28209 Bremen
Tel.: 0421/34615-36
mittmann.forum@kirche-bremen.de
www.staffelgastfreundschaft.de

► Rheinland

Krieg und Frieden – Hintergründe zu aktuellen Entwicklungen

Die Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland lädt ein zu einer Veranstaltung am Freitag, **9. Juni 2017**, 18 Uhr zum Thema „Krieg und Frieden – Hintergründe zu aktuellen Entwicklungen“ mit Clemens Ronnefeldt, dem Friedensreferenten des Versöhnungsbundes, der an Brennpunkten von Gewalt und Krieg für gewaltfreie Lösungen engagiert ist.

Der Abend ist Teil einer Veranstaltungsreihe „Frieden schaffen“ im Rahmen der Ausstellung „Otto Pankok – Botschafter des Friedens“ **25.3.–9.7.2017** im Forum Billebrinkhöhe-Inklusive Kultur, Billebrinkhöhe 72, 45136 Essen.

Kontakt: Solidarische Kirche im Rheinland
c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199
51036 Köln, soki.rheinland@arcor.de

► Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Der Abpiff, den niemand hört Grenzen der Arbeit und der Verleugnung der Krise

Die Verarmungsprozesse der letzten Jahrzehnte sind der Ausgangspunkt einer Tagung zu krankmachender Arbeit und unreflektierten Abwehrmechanismen gegen die Krise des Kapitalismus im Rahmen des Koblenzer Sozialforums. Vorgestellt werden die wichtigsten Tendenzen im Blick auf Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit, wachsende Ungleichheit, Bildungsmisere und Wohnungslosigkeit in Koblenz und Deutschland. Zudem berichtet eine Betroffene, die seit Jahren unter struktureller Arbeitslosigkeit und ihren physischen Auswirkungen leidet, von ihren Erfahrungen. Dadurch wird die innere Seite der strukturellen Probleme deutlich. Im Mittelpunkt des zweiten Seminarteils steht die Frage nach dem Zusammenhang der genannten Phänomene und Erfahrungen mit dem gesellschaftlichen Ganzen, mit der kapitalistischen Gesellschaftsform in ihrer finalen Krise. Sie markiert die Grenze, an der Lösungsansätze für die sich verschärfenden Problemlagen scheitern. Die Veranstaltung will einen Beitrag dazu leisten, diese Grenzen zu erkennen. Sie verbindet dies mit der Frage, was Menschen dazu treibt, diese Grenzen und die mit ihr einhergehende Krise zu verleugnen und/oder Zuflucht in antisemitischen, antiziganistischen, rassistischen und sexistischen Ideologien und damit einhergehenden politischen Bewegungen zu suchen.

Der Tag beginnt mit einem Überblick über die Entwicklung der Armut in Deutschland und Koblenz in den letzten Jahren, vorgestellt von Markus Schaan und Erich Weber. Dem folgt ein Bericht einer Betroffenen.

Über „Armutsbekämpfung: Zucht und Almosen“ spricht Günther Salz, abschließend gefolgt von Herbert Böttcher zu „Kapitalismuskritik als Kritik der Arbeit und Krisenleugnung“.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos, c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Röbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61/89 92 62 84
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Brot und Wein – In Ravensburg gemeinsam an einem Tisch

Die Ravensburger Initiative „Vom Trennen zum Teilen – Abendmahl für alle“ endet mit einer spektakulären Aktion am **8. Oktober 2017**.

Am 01. November 2015 startete in Ravensburg die Initiative „Vom Trennen zum Teilen – Abendmahl für alle“. Die von der Arbeitsgruppe „Kirche lädt ein“ getragene Aktion setzt sich ein für den gleichberechtigten Zugang von katholischen und evangelischen Christen zu Eucharistie und Abendmahl. An jedem ersten Sonntag im Monat bilden die Teilnehmer der Aktion mit Bändern in Händen eine Menschenkette und symbolisieren so die erstrebte Gemeinsamkeit auf Augenhöhe.

Die Aktion erstreckt sich über zwei Jahre und endet mit dem Projekt „Brot und Wein – Gemeinsam an einem Tisch“ am **8. Oktober 2017**. Nach einem Auftakt in der Liebfrauenkirche um 11.30 Uhr versammeln sich die TeilnehmerInnen an einem Tisch zwischen der Liebfrauenkirche und der evangelischen Stadtkirche. Die Aktion endet um 12.45 Uhr in der evangelischen Stadtkirche mit einem liturgischen Abschluss und der Unterzeichnung der „Ravensburger Erklärung“.

Die aus sechs Frauen und zwei Männern bestehende Arbeitsgruppe „Kirche lädt ein“ hatte sich während des „Ravensburger Konzils“ 2013 gebildet, um ökumenische Anliegen von katholischer Seite aus weiterzufolgen. Das Ravensburger Konzil war ein katholisches, ökumenisch offenes Dialogforum, das die Situation der Kirche in Ravensburg erkunden und ins Gespräch bringen wollte. Damals hatte sich die große Mehrheit der mehrtägigen Versammlung für die „eucharistische Gastfreundschaft“ ausgesprochen, also den gleichberechtigten Zugang evangelischer Christen zu den eucharistischen Gaben.

Alle wichtigen Informationen, Texte und Termine, ein Unterschriftenportal sowie ein

Blog mit Themen rund um die Aktion finden sich auf der Homepage der Arbeitsgruppe: www.kircheladtein.de

THEODOR PINDL

Kontakt: Margarete Willburger, Nationalkoordinatorin des ÖFCF, Berliner Strasse 27, 88212 Ravensburg, margarete.willburger@googlemail.com

► Oekumenischer Ratschlag



„Sind wir noch zu retten? Heutige Herausforderungen und die UN-Nachhaltigkeitsziele“

Auf dem kommenden Oekumenischen Ratschlag in Berlin soll beraten werden, ob der konziliare Prozess durch die von den Vereinten Nationen beschlossenen Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs) und umgekehrt die nachhaltige (deutsche und globale) Entwicklung durch den Konziliaren Prozess neue und wichtige Impulse erhalten kann.

Der Ratschlag möchte dazu beitragen, die SDGs aus der Perspektive des konziliaren Prozesses in die öffentliche und speziell auch kirchliche Diskussion zu bringen. Hilfreich dazu können auch die bisherigen Resultate der Akademie Solidarische Oekonomie sein.

Der Konziliare Prozess hat sich zu einer weltweiten Bewegung entwickelt, die Konsultationen und Studien zu zahlreichen Unterthemen hervorgebracht hat. Die wichtigsten Ziele: Eine unter Mitwirkung der Betroffenen gestaltete Wirtschaft im Dienst des Lebens, Schutz der Gemeingüter, anfangen bei Wasser, Wissen, Luft und Boden, Ausbau und Verbindlichkeit der Menschenrechte, Ausbau von Friedens- und Mediationsdiensten, Änderung der Lebensstile. Das sind Bausteine eines gerechten Friedens.

Die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele, SDGs, sind erfreulicherweise ein gutes Stück deckungsgleich mit den Zielen des Konziliaren Prozesses. Doch hat die Zusammenarbeit zwischen Regierungsvertretern, Konzernen und Zivilorganisationen bei der Formulierung des 38-Seiten-Papiers deutliche Spuren hinterlassen. Es ist ein Kompromisspapier. Dennoch können die SDGs, wenn sie kritisch betrachtet werden, nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch auf lokaler Ebene der notwendigen großen Transformation unserer Produktions- und Konsummuster neue Impulse geben. Dazu braucht es geeignete Kommunikationsprozesse, Bildungsmaterialien und Anstöße in

Kirchenleitungen, Initiativen und Gemeinden. Die Einladenden sehen eine große Chance darin, dass sich bestehende und neu zu bildende ökumenische Initiativen, Gemeinden und Kirchenleitende Gremien in die kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse im Rahmen der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ einbringen. Dabei sollte mit den 2016 vom Rat für Nachhaltige Entwicklung geschaffenen „Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit“ (RENN), die in jedem Bundesland vertreten sind, eng zusammengearbeitet werden (www.RENNNetzwerk.de). Sie wurden zum Ratschlag am Samstag, den **27. Mai 2017** (Samstag des Kirchentags) von 11.00–17.30 Uhr im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, eingeladen.

Vorgesehen sind Impulsreferate. „Sind wir noch zu retten? Heutige Herausforderungen und die UN-Nachhaltigkeitsziele“ von Dr. Wolfram Stierle (BMZE) und Dr. Maja Göpel (Wuppertal Institut). Außerdem eine Analyse zu den Widerständen gegen die Umsetzung der SDGs und ihre Überwindung. Am Nachmittag dann Gruppenarbeit zur Vertiefung der Impulsreferate und zur Arbeit Regionaler Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN).

Anmeldung unter E-Mail-Adresse

„Anmeldung-Oekumenischer-Ratschlag-2017-Berlin@ecunet.de“

Kontakt: Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30
70176 (bis 18. Mai 2017)

www.oekumenischer-ratschlag.de

► PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



Überwindung des Anthropozäns und Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs)

Bei der gutbesuchten Tagung vom 22.–24. März in der Evang. Akademie Hofgeismar wurde intensiv um die Zukunft des PLÄDOYERs für eine ökumenische Zukunft gerungen.

Einige FreundInnen plädierten für die Beendigung der Arbeit: In den 38 Jahren seiner Tätigkeit habe das PLÄDOYER seine Hauptaufgabe, ökumenisches Bewusstsein in Deutschland zu fördern, weitgehend erfüllt. Die große Zahl ökumenischer Einrichtungen zeuge davon. Angesichts schwindender Kräfte könne nun ein Schlussstrich gezogen werden.

Andere betrachteten das PLÄDOYER weiterhin als kirchenpolitische Größe mit gutem

Renommee, das durch Stellungnahmen und Tagungen zu aktuellen Herausforderungen nach wie vor etwas zugunsten einer gerechten, friedlichen und schöpfungsgemäßen Welt verändern könne.

Der Vorschlag der Vorbereitungsgruppe, die wichtigsten Themen zu identifizieren und in einem Memorandum niederzulegen, drohte an der Überfülle der Themen zu scheitern. Also wurde nach einem sinnvollen Rahmen gesucht, der eine klare Richtung vorgibt, aber allen Aktiven die volle Freiheit lässt, ihre eigenen Prioritäten zu setzen. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (SDGs), die ausführlich behandelt und kritisch diskutiert wurden, kamen als möglicher Rahmen in Betracht, ebenso das große Thema der Überwindung des Anthropozäns, das den Menschen in den Mittelpunkt des Weltgeschehens stellt. Eine kopernikanische Wende sei angesagt. – Die Erstellung eines Memorandums wurde vertagt; zunächst soll ein Offener Brief verfasst werden, der der weitverbreiteten Resignation entgegenwirkt mit dem Verweis auf „die Hoffnung, die in uns ist“ (1. Petr. 3,15).

Die TagungsteilnehmerInnen empfahlen die Auflösung des eingetragenen Vereins und die Annahme des Angebots, seine Tätigkeit als Arbeitsgemeinschaft auf der rechtlichen Plattform der gemeinnützigen Stiftung Oekumene fortzusetzen. Das heißt auch, dass die inhaltliche Arbeit fortgeführt werden wird in dem Maße, wie sich PLÄDOYER-FreundInnen engagieren wollen. Sie werden in einem Brief zur Mitarbeit eingeladen und gebeten, sich auch finanziell daran zu beteiligen.

Die Tagung feierte im Rahmen eines Buffets die großen Erfolge des PLÄDOYERs. Dazu gehörte auch ein geraffter Überblick über die Höhepunkte seiner Tätigkeit seit 1979.

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel.: 074 73/95 98 98
Fax: 95 98 94, euw.gebert@t-online.de

► Versöhnungsbund



Verhandlungen zu Atomwaffen – Reise nach Wien

Vom **2. bis 12. Mai** wird der Atomwaffensperrvertrag auf einer großen internationalen Konferenz in Wien überprüft. Dabei wird es spannende kontroverse Diskussionen unter den Staaten und ein vielfältiges Begleitprogramm sowie Aktionen von Friedensgruppen geben.

Eine kleine Delegation des Versöhnungsbundes wird Anfang Mai nach Wien reisen, um diese Verhandlungen zu beobachten. Wer möchte mit? Kostenlose Übernachtungen werden bei Versöhnungsbund-Mitgliedern in Wien organisiert; zu den Reisekosten zahlt der Versöhnungsbund bei Bedarf einen Zuschuss von bis zu 80,- EUR pro Person.

Weitere Infos und Anmeldungen bitte an
Wolfgang.Schlupp-Hauck@t-online.de

Pazifismus vor neuen Herausforderungen

Immer mehr Gewalt verunsichert BürgerInnen, doch die Politik reagiert mit weiterer Aufrüstung und verstärkter Beteiligung an Kriegen. Wie entfalten wir gegen diese gewaltsame Sicherheitslogik eine vernünftige und hoffnungsvolle Friedenslogik?

Das ist das Thema der diesjährigen Jahrestagung des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, die vom **25.–28. Mai 2017** in Arendsee in Sachsen-Anhalt stattfindet.

Zu Beginn wird es in einer Podiumsdiskussion mit der Friedensaktivistin Ulrike Laubenthal, dem Journalisten Andreas Zumach und Ullrich Hahn, Präsident des Versöhnungsbundes, um verschiedene pazifistische Positionen gehen: „Pazifismus zwischen Fundamentalismus und Pragmatismus“. Susanne Luthlen, Leiterin der Akademie für Konflikttransformation des forumZFD, spricht in ihrem Einstiegsvortrag über „Pazifismus vor neuen Herausforderungen“.

Am Freitag betrachtet Egon Spiegel, Theologie-Professor an der Universität Vechta, die Möglichkeit, den Krieg zu ächten: „Wird der Krieg zum Tabu?“ Was die internationale Friedensbewegung dazu beitragen kann, beleuchtet in einem weiteren Vortrag Lucas Johnson, Geschäftsführer des Internationalen Versöhnungsbundes. In dreizehn Arbeitsgruppen geht es danach um verschiedene Herausforderungen, etwa die Friedensarbeit der Kirchen, gewaltfreie Lösungen für Syrien, die Bedeutung von Grenzen in einer gemeinsamen Welt oder Friedenserziehung an Schulen.

Eine Aktion beim „Kirchentag auf dem Weg“ in Magdeburg lädt am Samstagmorgen dazu ein, selber ein Zeichen für zivile statt militärischer Konflikttransformation zu setzen. Einen Schritt in die Praxis bieten auch unsere Schnupperkurse zu Mediation, Gewaltfreier Kommunikation, „Großeltern für den Frieden“, dem Abbau von Vorurteilen (Anti-Bias-Ansatz) oder Diskussionsforen, etwa zur Kampagnenarbeit oder der Unterstützung für Geflüchtete. Und schließlich soll am Samstagabend auch das gemeinsame Feiern seinen Platz haben.

Weitere Informationen, Anmeldung und detailliertes Programm unter
www.versoehnungsbund.de/2017-jt-ankuendigung

Neue Friedensbewegung gegen neue Bedrohungen

„Vergessen Sie Drohnen und dystopische Science-Fiction-Szenarien: Eine furchterregende neue Generation autonomer Waffen wartet auf ihren Einsatz“. So beginnt eine Reihe von Artikeln im neuesten Greenpeace-Magazin zum Thema „Zerbrechlicher Frieden“. Nicht gerade die richtige Lektüre für den Nachmittagskaffee – aber definitiv eine Herausforderung für alle, denen der Frieden am Herzen liegt.

Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund

Deutscher Zweig e.V., Mirjam Mahler, Geschäftsführerin, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Tel.: 0571/85 08 75, vb@versoehnungsbund.de

► Kairos Europa



Kapitalismus, Krisen & Kirche Potenzial und Bedeutung von Religionen für eine andere, bessere Welt

Über 80 Prozent der Weltbevölkerung fühlen sich einer Glaubensgemeinschaft zugehörig; religiös begründete ethisch-moralische Grundsätze und Orientierungen beeinflussen damit das Denken und Handeln des überwiegenden Teils der Menschheit. Allein den drei abrahamitischen Religionen Judentum, Islam, Christentum werden fast vier Milliarden Menschen zugerechnet. Doch allzu oft fehlt es den führenden RepräsentantInnen der verfassten Glaubensgemeinschaften an dem Mut, ihre eigenen Quellen ernst zu nehmen, die vorherrschenden destruktiven ökonomischen und machtpolitischen Interessen unmissverständlich zu verurteilen und für zukunftsfähige Alternativen einzutreten; mitunter ist gar der gezielte Missbrauch von Religion zur Legitimierung von Gewalt gegenüber Andersdenkenden zu beklagen.

Auf diesem Hintergrund möchte die Jahrestagung von Kairos Europa vom **6.–8. Oktober 2017** im Oekumenisches Bildungszentrum Mannheim zum einen nach der (Mit-)Verantwortung der christlichen Kirchen für die verheerende weltweite Misere fragen und zum anderen die Potenziale eines unterschiedenen glaubensbasierten Engagements für eine nachhaltige Weltordnung beleuchten und dabei vor allem Konzepte wie konkrete Schritte einer verstärkten interreligiösen Zusammenarbeit diskutieren. Kairos Europa will damit die Arbeit zur interreligiösen Solidarität gegen Fluchtursachen weiterführen.

Auf dem Programm stehen u.a. am Freitag, 6.10. ein Vortrag von Prof. Dr. Michael Brie, Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG), Berlin über „Die systemischen globalen Verwerfungen als existentielle Krise des Menschseins und politische Herausforderung“, am Samstag, 7.10. ein Impuls von Zubair Ahmad, „Die muslimische Befreiungstheologie als gesellschaftspolitische Kraft angesichts der Krise“ und von Prof. Dr. Rolf Verleger, Universität Lübeck „Die jüdische Tradition als Quelle emanzipativen Engagements angesichts der Krise“. Dr. Boniface Mabanza, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, Heidelberg, spricht über „Aktuelle Herausforderungen an Zivilgesellschaft im Allgemeinen und Kirchen im Besonderen aus der Sicht eines afrikanischen Befreiungstheologen“.

Kontakt: Kairos Europa e.V., Martin Gück
WeltHaus, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21/4 33 36 22, Fax: 4 33 36 29
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

► Netzwerk Friedenssteuer



Bürgerbündnis 2017 zur Bundestagswahl

Auf Initiative des Netzwerks Friedenssteuer sollen mittels einer bundesweiten Kampagne zentrale ökonomische, ökologische, diplomatische und den Frieden entwickelnde Forderungen an die Parteien herangetragen werden, welche die Politik in der Legislaturperiode 2017–2021 gestalten wollen.

So soll eine Art Blaupause entstehen für „Deutschlands Mitverantwortung für eine solidarische globale Gesellschaft“, für die Umsetzung der „Sustainable Development Goals“ und der Pariser Klimakonferenz, zu denen sich Deutschland verpflichtet hat – und für die entsprechenden Strukturen dafür.

Die Initiatoren bitten um konkrete Hauptforderungen, um sie zu einem „Wahlprogramm der Zivilgesellschaft“ zusammenzustellen. Für den Bundestagswahlkampf muss das eine breite Palette sein, die den Wählern den Zusammenhang von Ökonomie, Ökologie, Waffen, Militär, Terror, Krieg und Fluchtursachen deutlich macht. Diese Forderungen müssen den MdB-KandidatInnen als eine nur im Verbund zu sehende und anzugehende Aufgabe einer neuen Politik bewusst werden. Es sind keine konkurrierenden Forderungen, sondern sich notwendigerweise ergänzende! Deshalb: Gemeinsame Kampagne für eine solidarische globale Gesellschaft! Wir wollen wählen –

aber wen können wir wählen? Wer wird sich in seiner Fraktion und überfraktionell dafür einsetzen?

Die Kampagne wird anfänglich getragen von Kurve Wustrow, Ohne Rüstung leben, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Pax Christi Bamberg, FI Hersfeld-Rotenburg, Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen, Initiativkreis Frieden (IKF Nürnberg), Nürnberger Ev. Forum Frieden (NEFF) und Oekumenische Initiativgruppe Eine Welt Trep-tow-Köpenick und soll von gemeinsam zu bildenden lokalen und regionalen Initiativgruppen in möglichst allen Wahlkreisen aufgegriffen und durch Aktive vor Ort öffentlich umgesetzt werden.

Kontakt: www.buergerbuendnis2017.de

► Oekumenische Initiative Eine Welt



Spiritualität im Kontext der momentanen Diskussion

Der 40. Jahrestag der Oekumenischen Initiative Eine Welt hat über die Gottesdienstfrage eine lebhaftige Diskussion darüber ausgelöst, ob sich die OeIeW noch ausreichend in der jüdisch-christlichen Tradition verankert weiß. Als die Erd-Charta unverzichtbarer Bestandteil der OeIeW wurde, hat sich auch deren traditionelles Selbstverständnis erheblich geweitet. Menschen haben sich von der Erd-Charta inspirieren lassen und sind deswegen zur OeIeW gestoßen, auch wenn sie nicht christlich sozialisiert waren. Sie haben ihre eigenen Formen spiritueller Erfahrung mit eingebracht. Wie können diese unterschiedlichen Erfahrungen so zusammengeführt werden, dass daraus etwas Neues entstehen kann? Dafür angemessene Formen zu finden, in denen sich alle in einem übergreifenden Ganzen aufgehoben fühlen – was etwas sehr viel anderes ist, als sich nur wohl zu fühlen – ist eine große Herausforderung und Chance. Es handelt sich dabei um eine Spiritualität, die Menschen miteinander verbindet und trägt, wenn sie bei dem Eintritt in einen weiten, offenen Raum die Grenzen auch der eigenen Religion überschreiten. Sie kann Menschen dazu befähigen, sich in weltweiter Solidarität den globalen Herausforderungen zu stellen, wie sie in der Erd-Charta im Einzelnen aufgeführt werden und ihr Handeln allein von der Ehrfurcht vor dem Leben, der Wahrhaftigkeit, der Gewaltfreiheit, der Achtsamkeit, und dem Mitgefühl bestimmen zu lassen. Davon geprägte

Menschen sind zutiefst davon überzeugt, „dass Frieden die Gesamtheit dessen ist, das geschaffen wird durch rechte Beziehungen zu sich selbst, zu anderen Personen, anderen Kulturen, anderen Lebewesen, der Erde und dem größeren Ganzen, zu dem alles gehört.“ (Erd-Charta, Grundsatz 16f.)

HEIKO LIETZ

Gewebe des Lebens

Die Frühjahrstagung 2017 der OeIeW beschäftigt sich unter dem Motto „berühren – fühlen – geben“ mit dem Gewebe des Lebens und lässt sich dabei durch Andreas Weber inspirieren.

Sie will in Fühlung gehen mit Natur- und Weltbildern, die zu enkel(un)tauglichen Entwicklungen führen. Mit der Frage nach Lebendigkeit, In-Beziehung-Sein und wann Wandel möglich ist. Während der Tage von Freitag, 5. Mai 2017, 18.00 Uhr bis Sonntag, 7. Mai 2017, 14.00 Uhr sollen auch verschiedene praktische Stationen aufgebaut werden (Natur-Kunst, Klangräume, Berührungsreihe etc.), um das Thema ganzheitlich zu erkunden. Am abschließenden Sonntag findet die Mitgliederversammlung statt.

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt e.V.

Erd-Charta Koordinierungsstelle in Deutschland
Anja Becker, Mittelstr. 4, D-34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 0 56 94/14 17, Fax: 15 32
anja.becker@oeciew.de, www.oeciew.de, www.erdcharta.de

► International Ecumenical Fellowship

Wittenberger Oekumenische Versammlung

Martin Luthers These 62 von 1517, die auch im Chor der Wittenberger Stadtkirche zu lesen ist, lautet: „Der wahre Schatz der Kirche ist das allerheiligste Evangelium von der Herrlichkeit und Gnade Gottes.“ 500 Jahre danach und 50 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil soll in ökumenischer und internationaler Gemeinschaft diesem wahren Schatz der erneuernden und einigenden Kraft des Evangeliums miteinander nachgespürt werden. An jedem Tag steht ein Aspekt des Themas im Vordergrund: seine reformatorische, theologische, ethische, ökumenische und praktische Tragweite. Vorgesehen sind dazu evangelisch-katholische Dialoge, Gesprächsgruppen, Workshops, ökumenische Gottesdienste und kulturelle Abende. Die Hauptveranstalterin, die Internationale Oekumenische Gemeinschaft (International Ecumenical Fellowship, IEF), ist in fünf westeuropäischen (B,D,F,GB,S) und fünf osteuropäischen (CZ,HU,PL,RU,SL) Ländern vertreten. Höhepunkt der Tagung soll die Feier der Lima-Liturgie am abschließenden Sonntagvormittag in der Wittenberger Stadtkirche u.a. mit dem

EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm sein, auch OeRK-Generalsekretär Tveit hat seine Teilnahme zugesagt.

Das Programm beginnt mit einem Eröffnungsgottesdienst am **21. August**, in dem Margot Käßmann predigen wird. Am Dienstag, den **22.08.** gehen J. Rahner/F. Schorlemmer in einen Dialog zu Rechtfertigung und Befreiung, am Donnerstag sind M. Bussmann und Fernando Enns im Dialog über Gerechtigkeit und Frieden, einen Workshop über „Die Religion des Kapitalismus und solidarischen Wirtschaften in einer globalen Welt“ veranstalten Ulrich Duchrow und Norbert Bernholt, Akademie Solidarische Oekonomie.

Kontakt: Sekretariat der IEF: Brigitta und Dieter Trein
Borngasse 78, 51469 Bergisch Gladbach
Tel.: 0 22 02/9513-10
sekretariat@ief-deutschland.com

► Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden

Oekumenisches Anstrengung für einen „gerechten Frieden“

Das Netzwerk OeKGF lädt ein zu einem Studientag am **4. November 2017** in Fulda zum praktischen Thema „Kirche des gerechten Friedens werden: Wie machen wir das?“.

Die OeKGF ist im Jahre 2013 aus zwei inzwischen aufgelösten Netzwerken für Friedensarbeit entstanden: der Friedenskonsultation landeskirchlicher Friedensausschüsse und christlicher Friedensdienste (1980–2012) und dem Offenen Forum „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ (2000–2011).

Aufgegriffen und bearbeitet werden die gegenwärtigen Herausforderungen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung unter dem Leitbild des gerechten Friedens in der Kontinuität des Konziliaren Prozesses. Die X. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) in Busan 2013 hat durch ihr Gebetsmotto die Losung ausgegeben: „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“.

Die OeKGF will dazu beitragen, das Leitbild des gerechten Friedens in das Zentrum des Lebens und des ökumenischen Zeugnisses der Kirchen in Deutschland zu rücken.

Die OeKGF beteiligt sich außerdem an der inhaltlichen Gestaltung des regionalen Magdeburger Kirchentages 2017.

Der gegenwärtige Koordinierungskreis besteht aus Diakonin Sylvia Dieter (Oekumenisches Netz Württemberg, Sprecherin), Ulrich Frey (Evangelische Kirche im Rheinland, Sprecher), Jan Gildemeister, (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bonn), Michael Held (Oekumenisches Netz in Deutschland, Bad Hersfeld), Pfr. Lutz Krü-

gener (Ev.-lutherische Landeskirche Hannovers).

Kontakt: Ulrich Frey, Kreuzweidenstraße 57b
53604 Bad Honnef, ulrich.frey@web.de

► Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche



Keine Kriminalisierung von Kirchenasyl

Die Staatsanwaltschaft in Bayern hat in mehreren Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet gegen Geistliche, deren Gemeinden Kirchenasyl gewähren. Die Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Asyl in der Kirche e.V. kritisiert dies scharf und solidarisiert sich ausdrücklich mit den betroffenen Gemeinden, Pastorinnen und Pastoren.

„Ich habe kein Verständnis für die Kriminalisierung von Menschen, die gewaltfrei dafür eintreten, Menschenrechte zu achten und Leben zu schützen“, sagt Dietlind Jochims, Vorstandsvorsitzende der BAG.

„Kirchenasyl ist eine Tradition, die unseren Rechtsstaat stärkt und nicht von ihm verfolgt werden sollte.“

„Gerade 2015 ist staatlicherseits nach Gesprächen mit den Kirchen erneut die grundsätzliche Akzeptanz des Kirchenasyls bekräftigt worden“, so Jochims weiter. „Jetzt Ermittlungen anzustrengen, ist ärgerlich und unnötig. Das wirkt wie ein Einschüchterungsversuch, der auf der symbolpolitischen Klaviatur spielt.“

Kirchengemeinden gewähren in besonderen Härtefällen Kirchenasyl. Sie tun dies aus innerer Glaubensüberzeugung und nach eingehender Beratung. Sie wollen damit Abschiebungen verhindern, die mit nicht zumutbaren Gefahren für die Betroffenen verbunden wären. Der Aufenthaltsort der Menschen im Kirchenasyl wird den zuständigen Behörden immer bekannt gegeben, aktuell befinden sich bundesweit circa 550 Personen in etwas über 300 Kirchenasylen. In den meisten Fällen kann für diese Menschen eine Lösung gefunden werden: Kirchenasyle enden ganz überwiegend erfolgreich.

Die Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche ermutigt Gemeinden, sich weiter empathisch und solidarisch für die Rechte von Geflüchteten einzusetzen.

Kontakt: Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Heilig-Kreuz-Kirche
Zossener Str. 65, 10961 Berlin, www.kirchenasyl.de

► Erlassjahr.de

116 Länder im Süden kritisch verschuldet

Während die G20-Finanzminister tagten, haben das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de und das Werk für Entwicklungszusammenarbeit Misereor in Baden-Baden den „Schuldenreport 2017“ vorgestellt. Dieser zeigt: Immer mehr Länder im Globalen Süden sind kritisch verschuldet.

Jürgen Kaiser, Politischer Koordinator von erlassjahr.de sagte: „Der anhaltende Abwärtstrend ist besorgniserregend: 116 Länder im Globalen Süden sind kritisch verschuldet. Das sind 33 mehr als noch vor zwei Jahren. In 69 dieser Länder hat sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr weiter verschlechtert, in 48 Ländern hat sich seit 2011 kein einziger der untersuchten Indikatoren verbessert.“

„Weit oben auf der Liste der kritisch verschuldeten Länder steht Barbados, das wie viele kleine Insel-Entwicklungsstaaten eine wenig diversifizierte Wirtschaft hat und von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht ist“, so Kaiser. „Kritisch ist die Situation auch in Staaten wie Mosambik und Ghana, die zum Aufbau ihrer Infrastruktur für den Rohstoffexport Kredite aufgenommen haben. Sie laufen durch die sinkenden Rohstoffpreise Gefahr, diese Kredite nicht zurückzahlen zu können.“ Von Überschuldung betroffen sind im Globalen Süden nicht nur vergleichsweise kleine und arme Staaten, sondern auch wirtschaftliche Schwergewichte wie Brasilien, mittelgroße Staaten wie Südafrika und Exporteure strategischer Rohstoffe wie Venezuela.

Faire Insolvenzverfahren gefordert

„Die Ergebnisse des Schuldenreports 2017 zeigen deutlich, dass immer mehr Länder auf dem Weg in eine neue Schuldenkrise sind“, warnt Klaus Schilder, Misereor-Experte für Entwicklungsfinanzierung. „Sie müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Schulden durch ein faires Insolvenzverfahren auf ein tragfähiges Maß zu senken. Sonst besteht die Gefahr, dass sie nicht in der Lage sind, Armut zu überwinden, Menschenrechte zu verwirklichen und die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen.“

Mit der Kampagne „Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt“ fordert erlassjahr.de die G20 deshalb auf, die wachsende Gefahr einer neuen Schuldenkrise endlich ernst zu nehmen und ihr durch entschiedenes politisches Handeln zu begegnen.“

Der jährliche Schuldenreport von erlassjahr.de und MISEREOR bietet eine Übersicht über die Situation verschuldeter Entwicklungs- und Schwellenländer und bewertet die Rolle Deutschlands als Gläubiger gegenüber diesen Ländern.

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche

Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß

Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Röbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler, Kapellen, Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum

Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Einladung

zu einer
Fördermitgliedschaft
bei der
Stiftung Oekumene



Unterstützen Sie die Initiativen für
Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung
der Schöpfung über die gemeinnützi-
ge Stiftung Oekumene als Plattform
für vielfältige Initiativen

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse
BIC HELADEF1822
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab
50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir Sie um
Ihre Postanschrift.

Möchten Sie den

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

regelmäßig erhalten?
Samt Sonderdokumentationen für
nur 10,- Euro im Jahr!
Eine kurze Mitteilung per E-Mail oder
Post genügt.

Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08